

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 12 2004

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Wir bodigen den freien Personenverkehr!

Ab Ende Dezember gilt es ernst, dann nämlich beginnt die dreimonatige Referendumsfrist gegen die Ausweitung des freien Personenverkehrs mit den neuen EU-Oststaaten zu laufen. In den vergangenen Wochen ist es uns gelungen, eine grosse Koalition zu schmieden, welche bereit ist, zusammen mit uns Schweizer Demokraten und andern Organisationen und Parteien, die Unterschriften für das Referendum zu sammeln. Gleichzeitig beginnt auch die zweite Unterschriftensammlung gegen das Abkommen zu Schengen/Dublin. Anlässlich der schweizerischen SD-Delegiertenversammlung vom 11. Dezember 2004 haben wir, sin-

nigerweise – aber kampfeslustig, im Wettinger Hotel «Winkelried» die Weichen für diesen Referendumskampf gestellt.

In den kommenden Monaten prasselt eine millionenschwere Befürworter-Kampagne auf uns alle nieder. Diesem Volkserpressungsversuch gilt es standzuhalten! Es wird uns nämlich das Märchen serviert, wonach unsere Heimat in die totale Isolation getrieben werde und massenweise Arbeitsplätze verloren gingen, wenn wir nicht ja sagten zu diesen EU-Abkommen. Im Innern unserer Zeitung finden Sie zahlreiche Argumente, weshalb wir diesen Kampf für die Erhaltung von Volk und Heimat führen müssen.

Es geht um die Rettung der sozialen Schweiz (Lohndrückerei/Lohndumping). Aber wir kämpfen auch aus ökologischen Gründen gegen die Zubetonierung unseres Landes, die mit immer mehr ausländischen Arbeitskräften und massenweise Schwarzarbeitern bewerkstelligt werden soll. Dann würde diese «Marktöffnung» gegen Osten auch für die mittleren und kleineren Betriebe unseres Landes zu einer riesigen Konkurrenz, welche das Gewerbe und den Mittelstand bedroht! Und nicht vergessen dürfen wir, dass die EU darum herumdiskutiert, die EU nach der Türkei und Ex-Jugoslawien auszuweiten – dann gute Nacht, liebe Schweiz!



Ab der letzten Dezemberwoche können Sie
Unterschriftenbogen bei uns bestellen, auch gibt's
ein Plakat und ein Kurz-Argumentarium.
Auf in den Kampf!

Rudolf Keller, Landrat/e.Nationalrat, SD-Zentralpräsident
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär

POSTCODE 1
AZB 5332 Rekingen

Danke für die Spenden!

Unser Aufruf in der letzten SD-Zeitung hat den stolzen Betrag von gut 40'000 Franken Spendeneingängen ergeben. Damit können wir das Jahr 2004 schuldenfrei abschliessen und haben bereits einen Beitrag an den Kampf für unsere Referenden. Wir danken allen, die mit einem grossen oder kleinen Beitrag mitgeholfen haben. Darunter war unter anderem eine grosse Spende von einigen tausend Franken. Aber auch unsere treue FM hat wieder grosszügig gespendet! Wir legen auch dieser Zeitung wieder einen Einzahlungsschein bei. Alle Spenden fliessen in den Kampf gegen den freien Personenverkehr und Schengen!

Wir wünschen Ihnen allen besinnliche
★ Festtage, gute Gesundheit und ein
erfolgreiches Neues Jahr. Das Jahr 2005
★ wird ein Erfolgjahr für die SD!

Ihre SD-Geschäftsleitung



Inhalt

- 2 2004 – Dem Ende entgegen
- 3 Bald Grossagglomeration Schweiz?
- 4 Schluss mit Lohndumping
- 6 Verratenes Europa
- 7 Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient!
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Der Zerfall eines Sonderfalles

2004 – dem Ende entgegen?



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Das Erscheinen der letzten Ausgabe des «Schweizer Demokraten» fällt in die Adventszeit. Der Dezember ist eine Zeit der Erwartung: Weihnachten steht vor der Tür! Mit diesem Fest feiern Millionen auf dieser Erde die Geburt ihres Erlösers und Gottessohnes Jesus Christus. Auf dieser geistlichen Ebene herrschen Licht, Vorfreude und die Hoffnung auf «Friede auf Erden». Aber der letzte Monat des Jahres 2004 regt auf der menschlichen Ebene die kritischen Geister zur Lagebeurteilung an. Quo vadis, Helvetia – wohin gehst du, Eidgenossenschaft?

Einwanderung als Grundübel? Multikultur

Die seit den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts von Bundesrat, Parlament und Volksmehrheit zu verantwortende verfehlte Einwanderungspolitik beschert uns heute babylonische Zustände: Ein Völkergemisch, ein Kulturgemisch und ein Religionsgemisch. Wenn heute weit über 300'000 Muslime in der Schweiz leben, haben wir dies vermutlich Bundesrat Dr. Kurt Furgler (CVP) zu verdanken. Während seiner Amtszeit wurden die Rekrutierungsgebiete für Fremdarbeiter auf Jugoslawien und die Türkei ausgedehnt. Die für die Schweiz äusserst unvorteilhaft wirkenden Einwanderungsabkommen mit diesen Staaten sind verantwortlich für den Einwanderungs-Automatismus: Saisonnier – Jahresaufenthalter (Familiennachzug) – Niedergelassener (Sippenachzug). Die Überfremdung hat bereits auch Folgen für den konfessionellen Frieden im Land. So dürfte Weihnachten künftig immer mehr zu einem Zankapfel unter den Weltreligionen werden. Zwar verehren Muslime Jesus als grossen Propheten, nicht aber als «Sohn Gottes». Der Koran lehnt auch die «Dreieinigkeit Gottes» – also Gott-Vater, Gott-Sohn und Gott-Heiliger-Geist ab. In der 4. Sure, Vers 172 heisst es: «...Glaubt daher an Allah und seinen Gesandten, sagt aber nichts von einer Dreiheit. Vermeidet das, und es

wird besser um euch stehen. Es gibt nur einen einzigen Gott. Fern von ihm, dass er einen Sohn habe!...»

Die jüdische Tradition lehnt ihrerseits Jesus als Messias und damit als Gottes Sohn ab. Jüdische Schriften erklären, der Zimmermannssohn Jesus sei damals nicht gestorben, sondern seine Anhänger hätten ihn vom Kreuz genommen; er habe überlebt und sei als Vater vieler Kinder irgendwo im fernen Morgenland gestorben. Da wird auf erschreckende Weise sichtbar: In der Multikultur entwickeln sich schwer überwindbare religiöse Gräben. Was wird da von toleranten Humanisten und schwachbrüstigen Kirchenvertretern nicht alles versucht, um diese Gräben zu überbrücken: Bei gemeinsamen Trauerfeiern werden christliche Kirchenvertreter angehalten, das Wort «Jesus» nicht mehr in den Mund zu nehmen, um Muslime oder Juden nicht zu verletzen. Auch wird neuerdings von Theologen erklärt, der christlich-jüdische Gott Jahwe sei mit dem moslemischen Gott Allah identisch. An Schweizer Schulen wird auf christlichen Religionsunterricht verzichtet; dafür müssen die Kinder gleichwertig alle Weltreligionen kennen lernen, wobei man auf eine Vorzugsbehandlung des Christentums verzichtet. An vielen Kindergärten und Volksschulen wird neuerdings auf Krippenspiele verzichtet, weil ausländische Eltern bei den Schulbehörden vorstellig wurden, oder aber weil die Schweizer Kinder eine Minderheit in der Klasse darstellen. Es ist lange Tradition, dass hierzulande jüdische Schulen geführt werden. Neuerdings ist bekannt geworden, dass fragwürdige Lehrer an Koranschulen die Feindschaft des Islams gegenüber Christentum und Judentum predigen. Da stellt sich doch die unheimliche Frage: Hat das Christentum unter diesen Umständen überhaupt noch eine Überlebenschance? Oder muss es einer Multi-Kulti-Mischreligion weichen?

Verlust der Unité de doctrine

Bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts bestimmte christlich-abendländisches Gedankengut die Inhalte der Verfassungen und der Gesetze. 95 Prozent der Bevölkerung gehörte einer christlichen Konfession an. Prinzipien wie «Treu und Glauben» bestimmten das Zusammenleben und auch das

wirtschaftliche Handeln in hohem Masse. Weitverbreitete saubere Gesinnung sorgte auch für äussere Sauberkeit und für genaues Handeln. Ein Mordfall, wie jener von «Schürmann und Deubelbeiss» war ein einmaliges Jahrzehnt-Ereignis. Haustüren konnten auch nachts offen bleiben. Die allgemeine Wehrpflicht sorgte dafür, dass junge Männer über viele Wochen in einer Gruppe und in einem Zug nicht nur das Kriegshandwerk lernen mussten, sie lernten auch in Gemeinschaft mit verschiedensten Charakteren leben, mussten gute und schlechtere Vorgesetzte ertragen und ihren Befehlen gehorchen, sie lernten mit einer persönlichen Waffe umzugehen und der Staat überreichte ihnen diese mit Munition zur Aufbewahrung zu Hause. Es wurde Verantwortung übernommen. Örtliche Konsumgenossenschaften und Krankenkassenaktionen stärkten den Gemeinsinn, wirkten überschaubar, und ihre Tätigkeit wurde durch eigene Instanzen lokal überwacht. Musste man infolge Krankheit im Geschäft fehlen, hatten viele beinahe ein schlechtes Gewissen. Wurde ein Kranker in einer Beiz entdeckt, wurde sein Taggeld mit sofortiger Wirkung gestrichen... Es liesse sich noch vieles anfügen, was die damalige Einheit des Denkens und Handelns illustrieren könnte. In den letzten 50 Jahren sind fundamentale Elemente unserer Gesellschaft schleichend verloren gegangen. Mit jeder Verfassungs- oder Gesetzesänderung sind wesentliche Inhalte und Normen gestrichen oder verändert worden. «Treu und Glauben» wurde durch das Prinzip des «Vorteils um jeden Preis» ersetzt, wobei man sich heute nicht scheut, öffentlich zu erklären, dass kluges Lügen durchaus verbreitet sei und zu Erfolg führen könne. Nicht erst mit der Ausbreitung der «Mac Donalds-Esskultur» und dem dort verwendeten Plastikgeschirr steht es schlecht um die Sauberkeit in den Strassen. Verbrechen aller Art sind an der Tagesordnung. Haustüren sind verriegelt und manches Logis ist mit Elektronik gesichert. Die Armee – die Schule der Nation – schmilzt dahin und kann offenbar das Land nicht mehr allein verteidigen. Das Waffengesetz wird verschärft, der Waffenbesitz rigoros kontrolliert. Aus den Konsumgenossenschaften und Krankenkassen sind Grosskonzerne entstanden. Die Mentalität vieler Einwanderer, man wolle mindestens so viel von der Krankenkasse beziehen wie man an Prämien entrichtet habe, gab den früher florierenden Betriebskrankenkassen den Todesstoss.

Abschied vom Sonderfall

Aus einer einst selbstbewussten kleinen Nation, deren Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich gottesfürchtige Leute waren und die stolz sein durfte auf die erreichten Ziele von Freiheit, Mitbestimmung, Neutralität und Unabhängigkeit, ist im Laufe der Jahrzehnte eine Massengesellschaft entstanden, die von einer selbsternannten Elite mit Hilfe einseitiger Massenmedien in die Unfreiheit, die Fremdbestimmung und in die internationale Abhängigkeit geführt wird. Dem FdP-Slogan «Weniger Staat» folgend ist man daran, das Nationalbankgold gegen wertloses Papiergeld oder unsichere Aktien einzutauschen und langfristig das Verfügungsrecht über einheimische Energie, Wasser und Infrastruktur an ausländische Grosskonzerne abzutreten.

Ist Hoffnung?

Diese Zeilen müssen erschüttern. Sie sind nicht Ausdruck der Resignation. Aber sie sollen klar machen, dass der Punkt nicht mehr fern ist, wo es kein Zurück mehr geben wird. Es ist fünf vor Zwölf! Aber wer sind die Kräfte, die sich gegen diese Entwicklung stemmen müssen? Es sind einmal junge Menschen, die unwillkürlich spüren, dass die Schweiz auf dem falschen Weg ist – und ihre Zahl steigt. Dann sind es die Alten, welche den Zweiten Weltkrieg und die Jahre danach als Kinder erlebten. Letztere haben die unheimliche Entwicklung mitgemacht und können vergleichen. Jung und Alt müssen vereint den politischen Kampf aufnehmen und mit aller Härte kämpfen. Es gibt da zwi-schendrin die verlorene Generation, die vom politischen Virus der 68er-Bewegung angesteckt und verdorben ist – zum Teil verwöhnte Weichlinge mit stolzer Drogen-erfahrung. Die sollten unbedingt einmal lesen, was «bekehrte» Oberlinke von der Sorte eines Helmut Schmidt, eines Horst Mahler oder eines Klaus Rainer Röhl über die verkehrten Wege ihrer Generation schreiben. Vielleicht liessen sich einzelne Intelligente gewinnen. Der Kampf lohnt sich! Oder soll der «Sonderfall» Schweiz, das direkt-demokratische Muster gelebter Freiheit, sang- und klanglos im Meer der manipulierten Völker untergehen? Die Antwort ist: NEIN!

Bald Grossagglomeration Schweiz?

Welche ökologischen Auswirkungen hätte eine Erweiterung des freien Personenverkehrs mit den neu in die EU aufgenommenen Staaten im Osten Europas? Die Einwanderungsbewegung, die daraus zwingend zu erwarten wäre, würde das Bevölkerungswachstum der Schweiz noch mehr anheizen, und die Bevölkerungsdichte auf dem Territorium der Schweiz würde noch schneller zunehmen! Dabei ist die Schweiz **schon heute** überbevölkert und überindustrialisiert!

Es ist eine anerkannte und in entsprechend gebildeten Kreisen unbestrittene Erkenntnis der Wissenschaft, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt zwischen der Bevölkerungsdichte und den ökologischen Problemen eines Gebiets, Stichwort Nobelpreisträger Konrad Lorenz und selbstverständlich noch andere. Nur wollen die führenden Politiker, das nicht wahrhaben, sei es aus Ignoranz, sei es aber auch aus politischer Berechnung, weil nämlich die Erkenntnis für die Politik un bequem ist. Die Universitäten samt ihren Forschern und Dozenten sind aber von der Politik abhängig, zumindest was die öffentliche Aktualisierung ihrer Forschungsgegenstände betrifft, und Ökologie ist zur Zeit **leider** nicht aktuell. Ich habe die politisch wichtigen Ergebnisse in meinem Buch «Biopolitik» erörtert, und die Broschüre «Wege aus der Krise», die auf den Tischen aufliegt und an der Sie sich bedienen können, enthält die Kernaussagen von mir. Mein Buch bleibt hochaktuell. Es ist nicht aus der Tagespolitik heraus geschrieben! Übrigens arbeite ich an einem zweiten Buch! Aus der Schweizer Politik kenne ich zum Thema sonst nur das Buch des ehemaligen SVP-Nationalrats Peter Sager «Wie weiter mit der Menschheit», notabene **Berner SVP-Nationalrat!** Es hat selbst bei der SVP kaum ein Echo ausgelöst. Noch knapp anerkannt wird der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsmasse und ökologischer Belastung in einer weltweiten Betrachtung, siehe Kioto-Protokoll. Planetare ökologische Schwierigkeiten sind aber **nicht die einzigen!** Daneben gibt es selbstverständlich lokale, regionale und insbesondere auch nationale! Es gibt nicht nur eine globale Luftverschmutzung, es gibt auch eine lokale! Selbst wenn sich ein Bewohner ökologisch mustergültig verhält, wenn es sich nicht überisst, sich keine modischen Extravaganzen in der Kleidung leistet, bescheiden in ei-



ner Mehrfamilienhauswohnung ohne übertriebene Quadratmeteransprüche wohnt, immer nur öffentliche Verkehrsmittel benützt usw., selbst dann belastet er seinen Lebensraum: Er muss ja essen, wohnen, sich kleiden und scheidet auch seine Exkremente aus. Jeder Einwohner trägt deshalb notwendigerweise zur Umweltbelastung bei. Er braucht einen Arbeitsplatz, eine Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kochherd, verbraucht damit Energie und erzeugt Abfall. Die Pro-Kopf-Umweltbelastung ist unvermeidlich!

Lebensqualität sinkt

Bei wachsender Bevölkerungsdichte ist der Zusammenhang übrigens nicht etwa nur linear, sondern **überproportional**, weil ökologische Reibungsverluste entstehen! Es braucht zum Beispiel Hochhäuser mit Liften, die Energie verbrauchen, oder Tunnel, Über- und Unterführungen, unterirdische Parkhäuser usw. Die Enge des Zusammenlebens führt dazu, dass auch in den Wohnzonen Lärmbelastung entsteht, denken Sie an den Fluglärm, an den übrigen Verkehrslärm. Die Bevölkerung braucht Infrastrukturen, Verkehrsanlagen, nicht nur Autobahnen, auch Spitäler, Schulen, Einkaufszentren; die ausgelöste Bauerei frisst die letzten Grünzonen und Erholungsgebiete weg, die **Lebensqualität** sinkt! Die rein zahlenmässige Zunahme frisst auch technische Fortschritte im Umweltschutz weg! Der Vorteil des Katalysators wird weggefressen, wenn immer mehr Automobile herumfahren! Es ist wahr, dass die Bevölkerung in der Schweiz – man muss sich so ausdrücken, **Schweizer Bevölkerung** kann man ja nicht mehr sagen! – zur Zeit ein für den Bevölkerungserhalt und damit die Volks-

wirtschaft ziemlich grosses Geburtendefizit aufweist. Das war früher nicht so, muss heute aber dazu dienen, die andauernde Einwanderungspolitik zu rechtfertigen! Dabei wird die Quote Einwanderer, die zum Ausgleich des Geburtendefizits und den Bevölkerungserhalt nötig wäre, **grob überschätzt**. Wir würden dazu weit weniger Einwanderer brauchen, als tatsächlich in unser Land kommen, woraus trotz des Geburtendefizits ein andauerndes Bevölkerungswachstum entsteht.

Babylonische Verhältnisse

Dieses andauernde Bevölkerungswachstum erzeugt aber nicht nur ökologische Schwierigkeiten im engeren Sinn, nämlich im Landschaftsschutz, Umweltschutz, Artenschutz und Aussterben des Wildlebens usw. Es erzeugt als Konsequenz auch parallele Probleme. Nach meiner Einschätzung gehen **90%** der aktuellen politischen Probleme der Schweiz auf eine verfehlte Migrationspolitik zurück. Unsere jetzigen Schwierigkeiten mit der AHV haben zum Beispiel etwas mit der Masseneinwanderung von Fremdarbeitern in den letzten 50er- und 60er-Jahren zu tun, als auf eine durchaus normale Geburtenziffer zusätzlich ein **Bevölkerungsberg** von Einwanderern aufgeladen wurde, die jetzt alle vor der Altersversorgung stehen. Oder die Verkehrsprobleme, und zwar nicht etwa nur diejenigen des privaten Autoverkehrs, sondern auch die des **öffentlichen**, und nicht nur der internationale **Durchgangsverkehr**, sondern besonders der inner-schweizerische **Agglomerationsverkehr!** Die Zürcher S-Bahn etwa stösst in den Stosszeiten an ihre Kapazitätsgrenzen, mit vielen Reisenden, die im Zug stehen müssen! Oder der Kampf um Raum der Au-

tofahrer gegen die Velofahrer, aber auch der Velofahrer gegen die Fussgänger, der Fussgänger mit Kindern gegen Hundehalter, Kickboardfahrer, Inline-Skater usw. Auch die Sicherheit ist mit der Einwanderungsfrage verhängt, wenn wir an den rund 80%-Anteil von Ausländern in unseren Gefängnissen denken. Die Krankenkassenprämien und Invalidenversicherung werden ebenfalls ungünstig beeinflusst; denn eine hohe Bevölkerungsdichte und die bevölkerungsmässige Überfremdung führen nicht nur zu einer höheren Kriminalitätsrate, sondern auch zu einer Häufung von **seelischen und psychosomatischen Krankheiten!** Hier rede ich als Psychiater und IV-Gutachter. Oder die **babylonischen Verhältnisse** an unsern Volksschulen! Die Lex Friedrich und der Kampf gegen den **Ausverkauf der Heimat**, gegen die Landschaftsverhandlung durch den Zweitwohnungsbau für Touristen, wird völlig ausgehöhlt! Daran hängt die Krise der Schweizer Hotellerie. Selbst die Hochpreisinsel Schweiz hängt mit der Migration zusammen: Alles drängt in die Schweiz, und der Einwanderungsdruck treibt über die hohe Nachfrage nach Grundstücken die Bodenpreise in die Höhe. An den Bodenpreisen hängen aber viele weitere Preise! Das ist einfach freie Marktwirtschaft! usw.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Entwicklungshilfepolitik: wir machen den Entwicklungsländern Vorwürfe, dass sie ihre Wildreservate wegen des zunehmenden Raums, den ihre wachsende Bevölkerung beansprucht, immer mehr anknabbern! Selber betreiben wir aber eine Politik des forcierten Wachstums! Wir sind doch als diesbezügliche Moralisten völlig unglaubwürdig!

Dass die Schweiz nicht in eine einzige kosmopolitische Grossagglomeration von Genf bis Rorschach umgewandelt wird, ist durchaus eine politische Option, und zwar eine ganz gewöhnliche und realpolitische! Das Schweizervolk soll die Gelegenheit erhalten, sich an der Urne für diese Option zu entscheiden! Unsere Medien sollen endlich aufhören, sie als isolationistisch, fremdenfeindlich, wirtschaftsfeindlich, sonst irgendwie-feindlich, rückständig, reaktionär, rechtsextrem oder noch schlimmer rassistisch und neonazistisch zu bezeichnen!

Referat von Dr. Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat, anlässlich der SD-DV vom 11. Dezember 2004

Schluss mit Lohndumping und importierter Arbeitslosigkeit!

Vor der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 über die erste Tranche bilateraler Verträge mit der EU **streuten Bundesrat und Parlament dem Volk Sand in die Augen**. Leider ist alles eingetroffen, wovor die Schweizer Demokraten (SD) im Zusammenhang mit dem «freien Personenverkehr» gewarnt haben:

- Seit die Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt keinen Vorrang mehr geniessen, kommen **Heerscharen von arbeitslosen EU-Bürgern** in die Schweiz und arbeiten zu Billiglöhnen. Arbeitslose **Schweizer haben das Nachsehen**.
- Die sogenannten «**flankierenden Massnahmen**», insbesondere Kontrollen auf Baustellen und in den Betrieben, **nützen gegen das Lohndumping gar nichts**. Die paar Inspektoren können nichts ausrichten.
- In Deutschland werden bereits unter dem Titel «Leben und Arbeiten in der Schweiz» Jobbörsen organisiert. **So exportiert man die Arbeitslosigkeit in die Schweiz**. Wer hier auch wieder arbeitslos wird, fällt definitiv dem Schweizer Sozialsystem zur Last...

Von den «bilateralen Verträgen» profitiert nicht das Volk, sondern nur das Grosskapital, denn so kann die Managerkaste die Werk tätigen wie Schachfiguren in Europa herumschieben. Immer dorthin, wo man sie am besten ausbeuten kann...

Und jetzt will die Regierung auch noch die Einwanderung aus den neuen EU-Ländern (Polen, Slowakei, Ungarn, Litauen etc.) freigeben!

- Damit gibt es noch mehr Masseneinwanderung und wird die Lohndrückerei noch schlimmer, denn in diesen Ländern sind eigentliche **Hungerlöhne** üblich.
- **Übergangsfristen von ein paar Jahren nützen nichts**, sondern schieben die Katastrophe bloss ein wenig hinaus.
- Bundesrätin Calmy-Rey verspricht dem Volk 0,2-0,5% «Wirtschaftswachstum» dank der freien Einwanderung für Osteuropäer. Sie verschweigt, dass **nicht nur der Kuchen ein bisschen grösser wird, sondern vor allem mehr Esser kommen**. Und unser Land wird noch mehr überbevölkert und verbetoniert!



- In Osteuropa leben **Millionen von Zigeunern**. Die betreffenden Länder werden sich freuen, wenn sich möglichst viele davon auf den Weg zu uns machen.
- Die EU wird auch noch Länder wie die Türkei oder Rumänien aufnehmen. Dann folgt eine **noch grössere Flut kaum assimilierbarer Einwanderer**.

Darum ergreifen wir das Referendum gegen die Ausdehnung des «freien Personenverkehrs» auf Osteuropa.

Schweizer Demokraten

Verratenes Europa

Das Abendland vor dem dritten Türkensturm

«Ich mache Wien zur Türkenstadt / St. Stefan zur Moschee / Ich reiss die Maid aus Mutterarm / Und bring dem Bruder Weh». Das soll laut einer Ballade von Guido Görres Anno 1683 der mit seinem Heer vor Wien stehende Grosswesir Kara Mustapha Pascha dem Verteidiger der Haupt- und Residenzstadt des römisch-deutschen Kaisers, Rüdiger Graf Starhemberg, zugerufen haben. Und der bekannte Prediger Abraham a Santa Clara soll mit schallender Stimme gerufen haben: «Auf, auf, ihr Christen» zur Rettung des Abendlandes und des Christentums. Das ist Geschichte. Ob sich Geschichte wiederholt, darüber gehen die Meinungen auseinander. Wenn es aber der Fall sein sollte, dann in einer anderen, der jeweiligen Zeit angepassten

Form. Seit damals sind Jahrhunderte vergangen und wieder einmal, zum dritten Mal innerhalb eines Jahrtausends, stehen, bildlich gesprochen, die Türken vor Wien, um vom Abendland Besitz zu ergreifen. Dieses Mal nicht mit Reiterheeren und kein Pascha führt sie an. Und auch ihre Hauptstadt, einst Istanbul, liegt nicht mehr in Europa sondern in Asien. Aber sie drängen, wie schon vor Hunderten von Jahren, nach Europa. Der Zeit entsprechend haben sie zur Erreichung ihres Zieles den politischen Weg gewählt, der im XXI. Jahrhundert Erfolg versprechender ist als Lanzen und Säbel von Reiterhor-

Einflussreiche Verbündete

Noch dazu, da sie im Abendland, das heisst in Europa, einflussreiche Verbündete haben, die bereit sind, ihnen die Tore Europas zu öffnen. In diesem Sinne kann man die Empfehlung der EU-Kommission vom 6. Oktober 2004 sehen, mit der im vorderasiatischen Ankara residierenden Regierung Verhandlungen über die Aufnahme dieses zu 97 Prozent asiatischen Landes in eine Union aufzunehmen, die sich «europäisch» nennt. Zwar werden erst im Dezember 2004 die Politiker der zurzeit 25 Mitgliedsstaaten dieser «Europäischen Union» endgültig über die Aufnahme von Verhandlungen beraten und entscheiden. Das zu erwartende Ergebnis dürfte aber schon jetzt feststehen. Zumal, wie der wohl älteste Europapolitiker Otto (von) Habsburg, schon Mitte der neunziger Jahre zu erkennen gab, nicht nur europäische Staatsregierungen, sondern die EU von aus dem Hintergrund operierenden Kräften beherrscht werden. Ihr Ziel ist die Globalisierung, wie sie verharmlosend und irritierend die angestrebte Weltherrschaft bezeichnen. Zwecks Ruhigstellung der europäischen Völker werden in dem Beitrittsvertrag «Übergangs-» und andere «Schutzbestimmungen» eingebaut, wie seit langem schon gleichgeschaltete Medien jetzt den Menschen eintrichtern wollen. Was aber nichts als gezielte Volksverdummung ist angesichts der Tatsache, dass sich bereits Millionen von Türken, einschliesslich der von ihnen unterdrückten Kurden, im EU-Raum befinden. Ber-



Nach dem Zusammenbruch der Sowjetherrschaft in Zentralasien richten sich fünf der nun unabhängigen Republiken weithin an der Türkei aus. Es handelt sich um Turkvölker, die den Türken durch Kultur und Sprache verwandt sind. Wäre die Türkei erst in die Europäische Union aufgenommen, gäbe es kaum ein stichhaltiges Argument gegen eine neuerliche Erweiterung durch die Turkvölker bis an die Grenze Chinas.

lin-Kreuzberg und Wien-Fünfhaus sind jetzt schon «Aussensiedlungen» der Türkei im deutschen Sprachraum. Noch ist St. Stefan keine Moschee, aber im ganzen Land, in Österreich, in Bundesdeutschland und auch in der Schweiz wachsen die Moscheen wie Pilze aus der Erde und es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann auf dem Stefansdom das Kreuz durch den Halbmond ersetzt sein wird. Es gibt heute keinen Abraham a Santa Clara mehr, der mahnt, und keine Christenheit, die seinen Rufen

folgt. Diese Christenheit ist durch zeitgeistige Einflüsse demotiviert und demoralisiert. Seine Hirten bekämpfen sich gegenseitig. Warner vor dem Untergang des Abendlandes der bodenständigen europäischen Völker und ihrer Kulturen werden in einem System, das sich frevelhaft Demokratie nennt und Meinungsfreiheit heuchelt, die längst zur Einbahnstrasse geworden ist, als «Rassisten» und «Rechtsextremisten» niedergemacht. Quo vadis verratenes Europa?

Wilhelm Hillek

Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit aus Osteuropa

- Noch mehr Einwanderung von Leuten aus EU-Ostländern
- Noch mehr Lohndumping durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland
- Noch mehr Konkurrenz für Handwerker und Kleingewerbler
- Noch mehr Einkommenseinbussen für die Bauern
- Noch mehr Strassenverkehr
- Noch mehr Vorschriften aus Brüssel
- Noch ein weiterer Schritt in die EU
- Noch mehr Souveränitätsverlust
- Noch mehr Kriminalität
- Noch mehr Überfremdung
- Noch mehr Identitätsverlust
- Noch mehr Anstieg der Wohnbevölkerung
- Noch mehr Landverbrauch
- Noch mehr Energieverbrauch
- Noch mehr Umweltbelastung
- Noch mehr Belastung unserer Sozialversicherungen
- Noch mehr Arbeitslose
- Noch mehr Sozialfälle

Unterstützen Sie deshalb das Referendum gegen die Ausweitung der EU-Ost-Personenfreizügigkeit.

Die Fristenregelung macht das Schweizervolk kaputt!

Die Zürcher Gesundheitsdirektorin und Regierungsrätin Verena Diener hat im Kantonsrat die neueste Statistik zum Schwangerschaftsabbruch im Kanton Zürich seit Einführung der so genannten Fristenlösung bekannt gegeben. Danach wurden im Jahr 2003 allein im Kanton 2525 Schwangerschaften medizinisch abgebrochen. Nur 1,3 Prozent der Abbrüche wurden an Frauen im Alter von unter 16 Jahren durchgeführt, hingegen waren 92 Prozent Schweizerinnen. Damit betreffen diese in weit überproportionaler Weise die Bevölkerung schweizerischer Nationalität! Die Verfechter

der Fristenregelung, die behauptet haben, wir bräuchten dieses Gesetz, um gewissermassen die angeblich überbordende Fruchtbarkeit der Einwandererbevölkerung in Schach zu halten, werden damit Lügen gestraft; denn mit Ausnahme von wenigen Ausländerinnen, die meistens aus der Dritten Welt stammen, haben Einwanderer/innen in der Schweiz ebenfalls keine übertrieben grosse Geburtenziffer. Es ist das Schweizervolk, das sich mit dieser Regelung und seiner ungenügenden, weit unterdurchschnittlichen Geburtenziffer selbst kaputt macht!

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient!

von Hans Spitz, Köniz

Das gilt für die USA in ganz besonderem Masse. Immerhin kann das Volk seinen Präsidenten – wenn auch nur indirekt – wählen. Der deutlich wiedergewählte G.W. Bush behauptet, die Wiederwahl bedeute ein «Gütesiegel» für seine Politik. Zweifellos wird er diese nun noch rücksichtsloser weiterführen. Tatsächlich aber hat er die Zustimmung der Volksmehrheit mit zweifelhaften Methoden erreicht. Man denke an die jahrelang künstlich aufrecht erhaltene Terror-Angst, die hemmungslosen Lügnerien im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, den Missbrauch religiöser Positionen zur Stimmungsmache, die Verleumdungen seines Konkurrenten Kerry im Wahlkampf usw., usf.

Die Versprechen des wiedergewählten G.W. Bush, Freiheit und Demokratie in der Welt verbreiten zu wollen und die Welt im Antiterrorkrieg zu vereinen, tönen hohl und falsch, bedenkt man die Rolle Amerikas im ganzen letzten Jahrhundert und insbesondere die Positionen Bushs während seiner ersten Amtszeit. Nie vergessen sollte man das Wort, dass vorgespielte Gerechtigkeit die grösste Ungerechtigkeit ist.

Da die USA zur Zeit die dominante Weltmacht sind, ist der Ausgang der Wahlen für die ganze übrige Welt von Bedeutung. Wir alle haben die Folgen mitzutragen. Dabei sei nicht vergessen, dass viele Trends und Mechanismen von einer Legislaturperiode in die nächste hineinwirken. Dabei ist ebenso sehr an die hemmungslose Machtpolitik, wie auch an die katastrophale Finanzpolitik zu denken.

Was sind die Wegmarken der ablaufenden Präsidentschaftsperiode des G.W. Bush?

Von aussen gesehen charakterisieren drei Trends die heutige amerikanische Politik:

1. Die Machtbesoffenheit, wie sich kürzlich eine amerikanische Schriftstellerin ausdrückte. Diese äussert sich in

- a) der Unbekümmertheit, Kriege vom Zaun zu reissen;
- b) der Geringschätzung früher abgeschlossener Verträge zum Schutze des Menschen und seiner Umwelt;
- c) der hemmungslosen Staatsverschuldung, und

d) der Missachtung der Freiheit und der Interessen des einzelnen Individuums und der anderen Völker.

2. Die nahezu bedingungslose Unterordnung der amerikanischen Weltpolitik unter

- a) die israelische Machtpolitik;
- b) den Kontrollanspruch der amerikanischen Multis auf die Energie- und Rohstoff-Vorräte der Welt;
- c) die neoliberale Wirtschafts-Ideologie;
- d) die Kreuzzugs-Mentalität der Vertreter des «american way of life».

3. Das immer hemmungslosere Auspielen der militärischen Übermacht, die auf einer überlegenen Technologie und materiellem Überlegenheit beruht.

Im Rahmen dieses Aufsatzes können zu den einzelnen Aspekten lediglich knappe Hinweise gegeben werden. Der geneigte Leser möge die Gedanken auf dem Hintergrund des eigenen Wissens weiter-spinnen.

Zu 1 a) Sowohl der Krieg in Afghanistan wie auch jene auf dem Balkan und im Irak wurden von den USA regelrecht erzwungen; die Begründungen waren und sind dürftig geblieben, und sie widersprechen ausserdem dem Völkerrecht. Zum 2. Krieg gegen den Irak schrieb der französisch-marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun, ein profunder Kenner der Vorgänge im arabischen Raum:

«Dieser Krieg und das, was darauf folgt, ist so widerlich, dass die poetische Sprache sich verweigert. Es ist ein unrechtmässiger, ungerechter, arroganter und absolut schmutziger Krieg.»

Wir alle wissen noch, wie die USA-Regierung ihre Freunde vor den Kopf gestossen hat, weil sie diesen Krieg einfach wollte. Wer nicht mitmachte, wurde geächtet, ja beschimpft.

Die Begründungen für den Krieg haben sich im Nachhinein als Vorwände – um nicht zu sagen Zwecklügen – erwiesen. Und jetzt dienen die Geheimdienste, die bekanntermassen unter Druck standen, um insbesondere den Herren Bush und Blair Argumente für den Krieg zu liefern, als Sündenböcke.

Für die Aufräumarbeiten sind jetzt – wie schon in Afghanistan und auf dem Balkan – die in der Organisation PFP (partnership for peace) eingebundenen Staaten gefragte Partner.

Zu 1b): Die Missachtung des Kyoto-Protokolls, die Aufkündigung

des Abrüstungsvertrages aus den Siebziger Jahren, die Ankündigung der Weiterentwicklung von Minikern (kleinkalibrige Atomwaffen), die Erklärung von G.W. Bush, niemand hätte den Amerikanern vorzuschreiben, wie sie zu leben hätten (dies im Zusammenhang mit dem exorbitanten Verbrauch fossiler Energieträger und der hohen Umweltbelastung durch die amerikanische Zivilisation und Lebensweise) zeigen die bornierte Haltung der gegenwärtigen Regierung zu den angedeuteten Problembereichen.

Die Vorgänge um die Gefangenen in Afghanistan, das bis heute in Guantanamo bestehende Unrechts-Gefängnis für sog. Kämpfer, denen jeglicher Rechtsstatus verweigert wird, und die abscheulichen Folterungen im Abu-Ghraib-Gefängnis in Bagdad belegen die Missachtung aller im Laufe von Jahrzehnten erarbeiteten Konventionen zum Schutze von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen in besetzten Ländern.

Zu 1c): Die USA verschulden sich in einem horrenden Ausmass und verlangen von allen Gläubigerländern, dass sie weiterhin für ihre Leistungen Papierdollars (die sie ohne Deckung in Massen drucken) entgegenzunehmen haben. Das bedeutet, dass ihnen die übrige Welt in grossem Umfange die Schulden abzunehmen hat. Alle, die in den letzten Jahren versuchten aus diesem Zwangssystem – mit dem Dollar als alleiniger Leitwährung – auszubrechen, bekamen die harte Hand der USA zu spüren.

Am 8. Januar dieses Jahres schlug der IWF (= Internationaler Währungsfonds) Alarm wegen der «noch nie dagewesenen Verschuldung» der USA, in welche sie mit besorgniserregender Sorglosigkeit immer tiefer hineingerate. Bei Fortführung der heutigen Politik sollen die USA bis 2050 eine Schuld von 40'000 Milliarden Dollar ausweisen. Vor den möglichen volkswirtschaftlichen Folgen graut den Fachleuten.

Zu 1d): Immer wieder werden Warnungen laut, dass die USA im Eiltempo den Orwell'schen Überwachungsstaat einführen. Für alle Massnahmen muss der «Kampf gegen den Terror» als Begründung dienen. – Auch unser Land bekommt die Folgen dieser Entwicklung direkt zu spüren. Sei es weil die USA schon heute praktisch den gesamten globalen Internet-Verkehr überwachen (können), sei es

weil die Schweiz wegen der neuesten Visa-Vorschriften zum zweiten Male innert zwei Jahren neue Pässe ausgeben muss.

Zu 2a): Niemand kann übersehen, wie die USA als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates stets die schützende Hand über Israel halten und alle Resolutionen, Sanktionsdrohungen und Ermahnungen abblocken. Ja die Situation ist soweit gediehen, dass Ariel Sharon über einen ernsthaften Vorstoss der USA zur Entschärfung der Lage in Palästina spotten konnte, was die USA in der Palästinafrage schliesslich machten, das werde in Jerusalem entschieden. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass ein Teil der aggressiven Politik der USA im arabischen Raum sicherlich von den Interessen Israels bestimmt wird, das seinen Traum von der Schaffung eines Staates Grossisrael nicht aufgeben will.

Zu 2b): Die amerikanischen Ölkongzerne zeigen sehr offen, dass sie die Energievorräte der ganzen Welt unter ihrer Kontrolle halten, resp. dahin bringen wollen (ganz selbstverständlich ausschliesslich im Interesse des Mutterlandes!). Diese Interessen werden und wurden durch die amerikanische Politik und ihre militärische Macht sehr wirksam im Kaukasus, im Nahen Osten und in Afrika geschützt. Verschiedene politische Interventionen der letzten Jahre und Jahrzehnte belegen auch den De-facto-Anspruch auf die Kontrolle der sonstigen für die Wirtschaft wichtigen Rohstoffe.

Zu 2c): Die für die Entwicklungsländer zum Teil äusserst nachteiligen Handelsregeln können nur sehr mühsam abgebaut werden, da die USA im Verbund mit andern Industriestaaten ihre Interessen immer wieder über alle anderen, gerechtfertigten Forderungen stellen. In diesem Zusammenhang ist auch an die unter Druck weltweit verbreiteten gentechnisch veränderten Organismen zu denken. Zusammen mit den gentechnisch veränderten Pflanzen gelingt es den Multis, eine weltweite Abhängigkeit von ihrem Saatgut, den Düngemitteln und den Pflanzenschutzmitteln zu sichern. Über die Liberalisierung der Aufgaben, die bis anhin von den öffentlichen Körperschaften wahrgenommen wurden – Postdienste, Elektrizitätsversorgung, Wasserversorgung usw. versuchen kapitalkräftige

Unternehmen, deren Verbindungen zum Grosskapital in den USA nicht immer einfach zu erkennen ist, das globalisierte Dorf unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zu 2d): Immer wieder gipfelt die Missachtung der lokalen Interessen und Kulturen in blutigen Auseinandersetzungen. Dann wundert man sich, wenn Attentate passieren, die vor allem Unschuldige treffen. An dieser Stelle sei nochmals Tahar Ben Jelloun zitiert:

«Ich möchte für keinen einzigen Europäer die Hand ins Feuer legen dafür, dass er, erlitt er auch nur eine Woche lang die täglichen Schikanen, Demütigungen und gezielten Beleidigungen in einem Flüchtlingslager, nicht zu terroristischen Aktionen fähig wäre.»

Die Amerikaner haben über lange Jahre gezeigt, dass ihnen die Kultur anderer Völker nicht nur fremd ist, sondern dass sie diese verachten. Man braucht dabei nicht gerade zu den Indianer-Vernichtungen zurückzugehen – die USA haben das Volk der Seminolen 1843 fast vollständig ausgerottet – es genügt an den 2. Weltkrieg zu denken, wo z. B. Rothenburg ob der Tauber, ein kulturelles Kleinod ohne jede militärische Bedeutung, am 31. März 1945 bombardiert und zu rund 50% zerstört wurde, oder an den Kölner Dom, der ab Mai 1942 immer wieder bombardiert und am 2. März 1945 in einem letzten grossen Angriff weitgehend zerstört wurde.

In diesem Zusammenhang ist auch an den Irakkrieg zu erinnern, wo – militärisch – völlig unnötigerweise Paläste, Bibliotheken, Moscheen usw. der Zerstörung preisgegeben, resp. beschossen wurden. Als Gegengewicht wollen die USA dann mit «nation-building» Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nach amerikanischem Muster einbringen. Diese Zivilisation, die sich selbst zu Gott gemacht hat und die glaubt, weil sie in exzessivem Machtanspruch von einem Gefühl der Allmacht beseelt ist, das Böse endgültig besiegen oder gar ausrotten zu können.

Dabei werden selbstverständlich «Quislinge» benötigt, die als willige Helfer für die amerikanischen Interessen zu dienen haben.

Und da wundert man sich, wenn das Ansehen der USA in der Welt – vor allem in den letzten Jahren – schweren Schaden genommen hat.

Zu 3.) Die Einteilung der Welt durch G. W. Bush in Freunde der USA (= willige Vasallen) und in Schurkenstaaten, resp. – verächt-

lich gemeint – Länder des alten Europa, hat für viel böses Blut gesorgt. Noch schlimmer, er präpariert offensichtlich schon die nächsten Opfer für weitere Angriffskriege. Das alles begründet er mit dem Schlachtruf des «Kampf dem Terrorismus». Gleichzeitig stehen noch immer dicke Fragezeichen hinter den offiziellen Berichten über die Geschehnisse des 11. September 2001. Wenn in Deutschland ein gewisser Horst Mahler zu 7800 Euro Busse verurteilt wurde, weil er öffentlich die Richtigkeit der offiziellen Version angezweifelt habe, beweist dies, dass «etwas faul ist im Staate Dänemark». Wenn das zuständige Gericht es gleichzeitig ablehnte, die Bildbeispiele des Buchautors Gerhoch Reisegger auch nur anzuschauen, wird vollends klar, dass hier massiv manipuliert wird. In diesem Zusammenhang ist auf das

Buch von Thierry Meyssan – «11. September 2001 – Der inszenierte Terrorismus» – hinzuweisen. **Wer sich um ein tieferes Verständnis der Vorgänge der letzten 4 Jahre auf der politischen Bühne bemühen will, muss dieses Buch studieren.**

Es bleibt an dieser Stelle noch der Hinweis zu machen, dass einzig die amerikanischen Soldaten weiterhin vor keinen internationalen Gerichtshof gestellt werden dürfen, wenn sie sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben. Alle anderen hingegen schon!

Zerstörte Hoffnung!

«Erst wenn das amerikanische Volk sich dieses finsternen Präsidenten und seiner Umgebung entledigt hat, wird die Ansicht einer poetischen Sprache auch mit politischen Themen zurückkehren.»

Tahar Ben Jelloun

Das amerikanische Volk hat sich für die Fortsetzung des bisherigen Weges entschieden. Es steht in seiner Mehrheit hinter den von G. W. Bush verkörperten Werten und Ideen. Die riesigen Probleme, die damit immer weiter zunehmen, will und kann es nicht wahrnehmen. Offensichtlich wird kein Präsident gewählt, der sich gegen den main-stream stellt.

Wir tun gut daran, uns auf weitere vier Jahre «Bush-Politik» – Bush-plus – einzustellen.

Und Michael Moore kann bereits mit dem Schreiben eines neuen Drehbuches beginnen, um dann vielleicht für 2008 einem einsichtigeren Vertreter des amerikanischen Volkes den Weg ins höchste Amt zu ebnet – sofern sich bis dann eine neue Mehrheit (lies neue zivilisatorische Grundhaltung) ergeben sollte.

Satire: Warum wir Linken und Grünen für mehr Einwanderung kämpfen

Es vergeht kein Tag, ohne dass sich ausländische Jugendliche (oft auf brutale Weise) kriminell betätigen. Aber das gehört eben zu einer multikulturellen Gesellschaft. Diese Jugendlichen gehen doch hier zur Schule und sind deshalb voll integriert. Sie bewirken doch eine notwendige Blutauffrischung und Bereicherung (bzw. Umverteilung) in unserer Gesellschaft. Wir dürfen sie doch nicht einfach abschieben und in eine ungewisse Zukunft zurückschicken. Sie werden doch zukünftige Arbeitskräfte und Steuerzahler sein. Sie werden unseren Wohlstand und unsere AHV sichern. Und wenn nicht – dann bleibt uns wenigstens der Trost, dass auch Ausgaben im Sozial- und Justizbereich das Bruttoinlandprodukt steigern.

Dank der Einbürgerung verschwinden die Ausländer aus der Statistik und können wieder neuen Platz machen. Durch die Einbürgerung wird auch das Problem der Ausländerkriminalität weitgehend gelöst: Jetzt wird es zwar von uns und den uns hörigen Medien nach Möglichkeit vertuscht und verschwiegen; dank der Einbürgerung ist es dann aber definitiv aus der Welt geschafft. Jüngste Untersuchungen in Frankreich und Grossbritannien zeigen zwar auf, dass viele Eingebürgerte der 2. Generation immer orientierungsloser werden. Sie nehmen sich nicht ihre arbeitsamen Eltern zum Vorbild, passen sich aber auch nicht

den Werten des Gastlandes an. So gleiten sie immer mehr in Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Extremismus ab. In Frankreich terrorisieren sie ganze Vorstädte. Wir wissen zwar, dass bei uns und anderswo vor allem die kleinen Leute und die Werkstätigen unter der Ausländerkriminalität leiden. Aber was soll's? Wir kehren das Argument einfach um: Nicht die ausländischen Straftäter sind das Problem, sondern die Einheimischen, weil sie mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit darauf reagieren. Wir Linken und Grünen kämpfen besonders hartnäckig für Einwanderung und Einbürgerung, weil wir am meisten davon profitieren können. So schafft die von uns befürwortete Einwanderungs- und Asylpolitik laufend neue Arbeitsplätze im Asyl-, Sozial-, Justiz-, Gesundheits- und Bildungsbereich. Also vorzugsweise in Gebieten, die wir mit unserer 68er Ideologie versauen können. So bleiben vor allem die unproduktiven, aber gut bezahlten Stellen in der Asylindustrie erhalten. Das bewirkt zwar milliardenteure Kosten – Geld, das dann anderswo fehlt. Aber was soll's? Wir haben in unseren Reihen kompetente Ökonomen, die uns sagen, das Geld komme von den Steuern und der Umverteilung, wie der Strom aus der Steckdose.

Wir erhoffen uns von den Neuschweizern auch eine Zunahme der Neuwähler, weil wir es vorder-

gründig gut mit ihnen meinen. Jedes Jahr Zehntausende von Eingebürgerten aus allen Ecken der Erde bringen unserer Gesellschaft zwar noch mehr Spannungen, Polarisierungen und Auseinandersetzungen. Auch mehr Sicherheitsprobleme, weil Verbrecher und Terroristen sich unter ihresgleichen unauffällig bewegen, untertauchen und betätigen können. Auch für die Politiker gibt es Probleme, weil sie wie in den USA allen möglichen Bevölkerungsgruppen Zugeständnisse machen müssen, um gewählt zu werden. Aber was soll's, wenn wir Linken und Grünen davon profitieren können...

Wir Grünen haben noch ein Argument der besonderen Art auf Lager: Je mehr Menschen auf einem ständig schrumpfenden Lebensraum zusammen leben müssen, umso besser ist dies für die Erhaltung der Natur. Das versteht zwar ausser uns kein Mensch. Trotzdem werden wir... in Parlamente gewählt, weil es genügend gibt, die uns auf den garantiert ökologisch und nachhaltig hergestellten Leim kriechen.

Unsere Zielsetzungen lassen sich am besten mit einem abgewandelten Zitat von Adolf Hitler umschreiben (der dabei zwar anderes im Sinn hatte): Gebt uns 10 Jahre Zeit, und ihr werdet die Schweiz nicht wieder erkennen.

Peter Schweizer



Kanton St. Gallen



Von Königsmachern und Totengräbern

Wenn man an manipulierte Wahlen denkt, da kommen einem in erster Linie Staaten in Süd- und Mittelamerika, Afrika, Asien oder im schlimmsten Fall der ehemalige Ostblock in den Sinn. Aber doch nicht unsere Schweiz?

Wie kann man eine Wahl am einfachsten manipulieren? Entweder durch einen Diktator, der einfach vorgibt, wie das Ergebnis herauskommen soll oder durch die Manipulation der Wähler.

Am einfachsten geschieht das, wenn ein Medienkonzern eine Monopolstellung hat. Zwar werden auch die Ungeliebten im Verhältnis höchstens von 5 Prozent der anderen Parteien berücksichtigt, der Form halber, und dann jeweils auch nur im ungünstigsten Zeitpunkt während des Sommerloches!

Da das St. Galler Tagblatt in den letzten Jahren alle Tageszeitungen im Raum der Stadt St. Gallen übernommen hat und ihm noch das Radio Aktuell und der Fernsehsender Tele Ostschweiz gehört, darf man sicher von einer solchen Monopolstellung reden. Als das Tagblatt die «Ostschweiz» übernommen hatte, wurde anfänglich des öfteren betont, dass das Tagblatt eine Zeitung für alle sei, aber lang, lang ists her.

– Bei den Wahlen 1999–2000 wurde jeweils eine Wahlbeilage gedruckt, bei der sich jede Partei und alle Kandidaten im gleichen Umfang vorstellen durften. Nur vier Jahre später sieht alles ganz anders aus. Es werden Podien veranstaltet, bei denen sich in erster Linie die Kandidaten für den Stände-, Regierungs- oder den Stadtrat präsentieren können. Die kleinen Parteien dürfen bei diesen Veranstaltungen, wenn sie Glück haben, noch eine Frage stellen! Selbstverständlich wurden diese Veranstaltungen im Tagblatt, im Tele Ostschweiz und im Radio Aktuell gross herausgebracht. Aber der Medien-Terror geht noch weiter. Bei den Kantonsratswahlen wurden alle kandidierenden Parteien vorgestellt mit Ausnahme der Schweizer Demokraten! Obwohl mehrmals bei der Redaktion nachgefragt wurde und mehrere Inserate gemacht wurden!

– Anlässlich der Gemeinderatswahlen (Stadtparlamentswahlen) wurde die Ausgrenzung weiter voran getrieben. Freundlichsterweise wurde ein Leserbrief von Dragan Najman und mir veröffentlicht, allerdings diejenigen

Fortsetzung Seite 9

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet in den Monaten Dezember 2004/ Januar 2005 nicht statt. Ab Februar 2005 wieder jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung	Neujahrsbegrüssung am 10. Januar 2005, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil
 OW NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)



Kanton Basel-Land



Ausländerintegration nicht mehr möglich!

SD-Vernehmlassung zum Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung – zu Händen des Baslerbieter Regierungsrates

Wir sind uns bewusst, dass die nachfolgenden Zeilen vorderhand für Sie noch kaum nachvollziehbar sind. Dennoch erlauben wir uns, im Rahmen dieser Vernehmlassung Klartext zu reden. Dereinst werden wir recht bekommen.

Die bevölkerungsmässige Überfremdung unseres Landes hat wegen der ungehemmten Einwanderung der letzten Jahrzehnte ein Mass erreicht, das eine Integration der Einwanderer kaum mehr zulässt. Es ist äusserst problematisch, dass sehr viele Ausländer aus sehr vielen verschiedenen Kulturen bei uns Wohnsitz genommen haben. Wir beobachten, dass sich immer mehr eingewanderte Volksgruppen einerseits gegeneinander und andererseits auch gegen die Einheimischen abschotten. In Pratteln (Längi), Liestal (Fraumatt), Birsfelden, Frenkendorf (Eggrain), Allschwil, Teilen von Reinach usw. haben sich bereits regelrechte Ausländerghettos gebildet. Dort wohnen immer weniger Einheimische. Integration ist nicht mehr möglich. Diese Entwicklung setzt sich

in raschen Schritten fort. **Der Islam, als uns bedrohende kämpferische Religion, ist zudem immer stärker spürbar.**

Die Hälfte aller Sozialhilfebeziehenden sind Ausländer, Ausländer sind im Bereich der Kriminalität in immer grösserer Zahl festzustellen. Das sind zwei Beispiele, welche belegen, dass die Ausländerpolitik gescheitert ist. Für uns Schweizer Demokraten gibt es dazu nur eine Lösung: **Abbau des übermässigen Ausländeranteils.** Nur Ausländeranteile in der Gröszenordnung der grossen umliegenden Länder lassen sich einigermaßen integrieren. Und selbst da hat beispielsweise Deutschland mit den türkischen Gastarbeitern zunehmend Probleme! **Für den Fall, dass dieser Ausländerabbau nicht durchgeführt wird, sagen wir für die kommenden Jahrzehnte schwere soziale und politische Auseinandersetzungen und Unruhen voraus,** wie das momentan in Holland und in immer weiteren Teilen Frankreichs bereits der Fall ist. Wir wollen dieses schlimme



Blick in eine Basler Volksschule: Der Streit um ein mögliches Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen und Schülerinnen zerreisst die Linke. Die einen meinen «Multikulti» ernst und wollen Ausländern keine Bekleidungs-vorschriften machen. Die anderen sehen in der islamischen Kopfbedeckung ein Hindernis auf dem Weg zum globalen Einheitsmenschen, der sich nicht mehr nach Religion und Kultur, Nationalität und Volkstum unterscheiden soll. Weder die eine noch die andere linke «Denkschule» orientiert sich am Erhalt der schweizerischen Identität.

Szenario mit unserer Politik verhindern helfen!

In seiner Botschaft schreibt der Regierungsrat auf Seite 6, dass «über ein Viertel des gesamten Arbeitsvolumens durch Ausländer erbracht wird». Wie wahr, aber dies könnte man auch umkehren und feststellen, dass eben dieser Viertel Einwanderer in unserem Lande für sich diesen Viertel erbringt. Und auch diejenigen, welche argumentieren, wir bräuchten Ausländer vor allem im Spitalbereich, blenden total aus, **dass der Ausländeranteil an Patientinnen und Patienten wesentlich höher ist, als der offizielle Ausländeranteil in unserem Lande. Man kann also auch in diesem Bereich feststellen, dass viele Ausländer im Spitalwesen für Ausländer arbeiten.** Wir wissen, dass die Regierenden wider besseres Wissen dies nicht wahrhaben wollen. Aber diejenigen, welche das nicht glauben, sollten es wagen, einen Rundgang durch ein Spital zu machen.

Einbürgerungserleichterungen wie sie in der Botschaft auf Seite 6 als Integrationsmassnahmen angedeutet werden, **werden wir bekämpfen.** Wie wir überhaupt generell feststellen müssen, dass schätzungsweise ein Drittel der Eingebürgerten unsere Sprache, Sitten und Gebräuche zu wenig

intus haben, um als integriert betrachtet werden zu können. Die ändern zwei Drittel Menschen respektieren wir als integrierte Neubürgerinnen und Neubürger! Immerhin hat der Regierungsrat festgestellt, dass die Einführung eines Ausländerstimmrechts nicht mehrheitsfähig ist. Danke!

Sie deuten in Ihrer Botschaft auch an, dass es schlimm sei, dass die europäischen Bevölkerungen schrumpften. Und dass deswegen die Einwanderung von Gutem sei. Ja ist denn diese Bevölkerungsabnahme (bei uns noch nicht) wirklich schlimm? – Wir sagen nein! **Aus ökologischen Gründen ist es erstrebenswert, dass die Bevölkerung abnimmt. Wir sind längst überbevölkert und sollten alles dafür tun, damit wir alle uns gegenseitig nicht noch mehr «auf den Füßen herumtrampeln».** Zudem ist es eine Grundwahrheit, dass mehr Menschen unseren gesamten Lebensraum auch immer stärker belasten.

Die im neuen Baslerbieter Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen tönen auf dem Papier wunderbar, sie zielen aber kilometerweit an gesellschaftlichen Gegebenheiten vorbei.

Fortsetzung von Seite 8

der anderen SD-ler wurden unterschlagen, obwohl sie termingerecht eingereicht wurden!

- Das St.Galler Tagblatt war einer der Hauptsponsoren der Smartvote-Computerumfrage, die SD wurde lediglich nach den Jahrgängen der Kandidaten befragt, da war auf einmal im Tagblatt zu lesen, dass 0.0% der SD-ler bei der Umfrage teilgenommen haben. Bei meiner sofortigen Intervention wurde mir erklärt, dass die SD vergessen worden sei?! Eine Entschuldigung wurde bis heute nicht veröffentlicht.
- Während der vier Wochen vor den Gemeinderatswahlen wurde täglich ein Kandidat vorgestellt. Als der erste in der Zeitung abgedruckt wurde, hat die SD gleichentags Kontakt mit der Redaktion aufgenommen, und wir warten heute noch auf das Erscheinen eines Kandidaten der Schweizer Demokraten. Andere Parteien durften sogar mehrere vorstellen!

- Von jeder anderen Partei wurden die Parolen für die Abstimmung vom 26.9.04 veröffentlicht, mit Ausnahme der Schweizer Demokraten!

- Ironischerweise blieben die Türen Tele Ostschweiz und bei Radio Aktuell nicht nur bei Wahlen, sondern auch bei der Initiative der SD: «Üs schtinkt, für eine Zweimal-Kehrichtabfuhr» geschlossen!

Also zeigt sich an den letzten Wahlen, dass die sogenannten Bananenrepubliken gar nicht weit weg sind, und der Diktator heute nicht im Palast residiert, sondern in Redaktionen von Radio, Fernsehen und Zeitungen.

Wären alle Parteien von den Medien gleich berücksichtigt worden, hätten die Schweizer Demokraten die fehlenden 50 Stimmzettel vielleicht erhalten und wären eventuell wieder ins Gemeindeparlament eingezogen.

Roland Uhler,
Präsident SD St. Gallen

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

In Art. 1 des Gesetzes steht geschrieben, dass «Integration ein gegenseitiger Prozess» sei. Dies bedeutet in Ihrer Terminologie, welche auch im Landrat immer wieder zu hören ist, dass wir Einheimischen uns den Einwanderern anzupassen haben. In keinem andern Land ist das so. **Es wird überall auf der Welt und automatisch vorausgesetzt, dass sich die Einwanderer den Einheimischen anzupassen haben und nicht umgekehrt.** Und in andern Ländern werden für die Einwanderer auch kaum Kurse und Sonderschulen angeboten – nur bei uns soll das anders sein. Dies lehnen wir ab!

In Art. 5 wird festgehalten, dass die Öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) vor allem für die Finanzierung der Integrationsprojekte aufzukommen habe. Das bedeutet, dass – wie schon bisher –

künftig noch verstärkt die Steuerzahlenden solche Integrationsmassnahmen zu bezahlen haben. **Die Gesamtkostenrechnung der Einwanderung ist für uns Einheimische längst nicht mehr positiv. Man denke beispielsweise nur einmal an die einwanderungsbedingten enormen Zusatzkosten im Schulbereich, im Justizbereich/ Strafvollzug, für Kurse, staatliche Integrationszeitung usw. usw. Die Einwanderung ist für unsere Gesellschaft zum Defizitgeschäft geworden.** Wir sind deshalb der Meinung, dass die Verursacher und Förderer der Einwanderung, die Wirtschaft, all diese Integrationskosten bezahlen sollten. Das darf nicht Sache der Öffentlichen Hand sein.

Auch Ihr sogenanntes Aufklärungsblatt «Migrationszeitung», das 10 Mal pro Jahr auf Staatskosten und ungefragt in alle Haushaltungen kommt, konnte nicht verhindern, dass eine deutliche

Mehrheit im Baselbiet gegen die erleichterten Einbürgerungen stimmte. Diese Zeitung bewirkt nichts – respektive immer weniger – **ganz einfach, weil die «Durchschnittsmenschen» genug haben von all den mit der Einwanderung verknüpften Problemen.** Da wir wissen, dass Sie mit dieser Zeitung keine Volksmehrheit erreichen und beeinflussen können, reuen uns bei diesem Projekt einzig und allein die vielen Steuerfranken, die nutzlos aus dem Fenster geworfen werden. Die Zeitung wäre unseres Erachtens deshalb besser einzustellen...

Dass Baselland auf dem Ausländerintegrations-Gebiet vermehrt mit Baselstadt zusammenarbeiten will, lehnen wir ab. Die progressiv-linke baselstädtische Integrationspolitik entspricht nicht den Intentionen, wie man sie sich fürs Baselbiet vorstellen könnte. **Und die baselstädtische Ausländer- und Integra-**

tionspolitik hat total versagt. Die Abstimmung dazu findet «mit den Füssen» statt. Noch viele tausend Einheimische mehr werden deswegen – und nur wegen den Ausländerproblemen – aus Baselstadt wegziehen!

Wir Schweizer Demokraten kämpfen mit Entschiedenheit **für den Vorrang der Einheimischen auf allen Ebenen** – auf dass wir dereinst nicht zu den Indianern Europas werden. Das vorliegende Gesetz läuft deshalb unseren Bestrebungen entgegen, darum lehnen wir es ab. Und es muss alles dafür getan werden, dass eine Volksabstimmung darüber stattfinden kann.

Wir danken für die Kenntnisnahme unserer für Sie unbequemen Stellungnahme.

Rudolf Keller, Landrat / e. Nationalrat, Präsident SD Baselland



Kanton Bern



Das merken wir uns:

Sozialdienst garantiert Asylanten-Wohnung für Fr. 1800.–!

(DB/He) So wird mit unseren Steuergeldern umgegangen: Der SD-Redaktion wurde ein Papier zugespielt, das belegt, dass der Sozialdienst der Stadt Bern für eine pakistanische Asylantenfamilie einen Wohnungs-Mietzins für Fr. 1800.– zuzüglich Nebenkosten garantiert.

Zahlreiche Liegenschaftsverwaltungen auf dem Platz Bern haben kürzlich ein Rundschreiben des Sozialdienstes und des Flüchtlingsdienstes erhalten, in dem Folgendes zu lesen war (Auszug): «Wir sind eine achtköpfige(!) Familie aus Pakistan. Wir sind anerkannte Flüchtlinge und können definitiv in der Schweiz bleiben. Ich Vater der Familie, bin bereits vor gut fünf Jahren in die Schweiz eingereist, meine Frau und unsere Kinder sind dann vor drei Jahren nachgekommen. ... Leider reicht das Einkommen nicht, um die Lebenskosten der ganzen Familie zu decken, so dass wir durch den Sozialdienst Bern West unterstützt werden.» Weiter steht geschrieben: «Damit wir die Auflage der Stadt erfüllen, darf die Wohnung

nicht teurer als Fr. 1800.– zzzg. NK sein. Der Sozialdienst ist bereit, auf Wunsch eine Mietzinsgarantie auszustellen.» Gewünscht wird eine 4½- bis 5-Zimmer-Wohnung, welche mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein soll.

Weshalb Wohnungsnot?

Da fragt sich Otto Normalverbraucher schon, weshalb hierzulande die Mieten so hoch sind bzw. weiter anziehen. Ein der SD-Redaktion bekannter Liegenschaftsverwalter hat uns freimütig gestanden, dass zahlreiche private Immobilienverwaltungen von diesen staatlichen Luxus-Mietzinsangeboten regen Gebrauch machen. Die Sozialdienste garantieren ja den Mietzins und zahlen zudem pünktlich. Einziger Wermutstropfen sei jedoch jeweils dazuzumal, wenn die Flüchtlingsfamilien die Luxuswohnungen wieder verlassen. Oft ist eine Totalrenovation der Behausung die Folge. Diese jedoch bezahlt dann einmal mehr nicht der Mieter, sondern der Eigentümer und in einigen Fällen wiederum das Sozialamt.

Wahlachlese im Kanton Bern

SD: Bestand gehalten

Knapper Verlust für die Schweizer Demokraten in der Stadt Bern. In Ostermundigen konnte Wähleranteil und Fraktionsstatus gehalten werden. Landesweiter SD-Rekord in der Gemeinde Heiligenschwendi. So die durchgezogene SD-Bilanz bei den verschiedenen Wahlen im Kanton Bern.

Das Positivste vorweg: Mit einem Wähleranteil von 29% hat **Christian Jungen** sein bisheriges Exekutivmandat in der Berner Oberländer Gemeinde Heiligenschwendi glanzvoll verteidigt.

In der eigentlich mit Stadtrecht versehenen Vorortsgemeinde Ostermundigen konnten die SD bei einem Wähleranteil von 5% ihre beiden Mandate im 40-köpfigen Parlament problemlos verteidigen. Gewählt sind der Bisherige **Thomas Christen** und neu **Stefan Hübscher**, der mehr persönliche

Wählerstimmen erringen konnten als der bisherige SD-Gemeinderat Daniel Kirchhofer. Die SD bedauern das Ausscheiden von Daniel Kirchhofer, gehen aber davon aus, dass dieser infolge seines noch sehr jugendlichen Alters noch eine lange politische Laufbahn vor sich haben wird.

Die Stadt Bern brachte leider nicht den gewünschten Erfolg. So ging ein SD-Mandat knapp verloren. Immerhin konnten die beiden bisherigen Mandate erfolgreich verteidigt werden. Die SD sind somit weiterhin mit den erfahrenen und aktiven Politikern **Lydia Riesen** und **Dieter Beyeler** im Berner Stadtparlament vertreten.

Die SD-Parteileitung dankt allen Kandidatinnen und Kandidaten für den grossen Einsatz und wünscht den Gewählten viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

*Bernhard Hess, Nationalrat
SD-Kantonalpräsident*

Hannes Steffen und Rudolf Keller danken FM für die grosszügige Spende!



Kanton Thurgau



«...bereit zum Tode?»

Bis vor kurzem hatten wir im Thurgau noch sieben Tageszeitungen, heute gibt es noch die Thurgauer Zeitung (Frauenfeld) und das Tagblatt (Arbon/St. Gallen). Unsere Medienmitteilungen (MM) und Stellungnahmen als Oppositionspartei bringen diese zwei Redaktionen auf der Leserbriefseite, obwohl sie oft sogar mit den Stimmenzahlen der Beschlussfassung und «Kantonale Parteileitung» versehen sind. Die Thurgauer Zeitung (Chefredaktor And. Netzle) geht noch einen Schritt weiter und bringt diese MM als Leserbrief (LB) von Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen. Dahinter steht die klare Absicht, eine letzte Oppositionsstimme aus der Seite «Thurgau» zu verbannen – denn MM der Regierungsparteien werden ohne Weiteres unter «Thurgau» eingerückt! Diese miese Absicht geht aber noch viel weiter, die SD soll auf einen Namen reduziert werden: Willy Schmidhauser... und dazu kommt noch eine Faustregel, die bei allen LB-Schreibern angewendet wird: Der gleiche LB-Schreiber kann vielleicht pro Jahr maximum fünf Leserbriefe schreiben – mehr nicht... wo kämen wir da auch hin?

Nun hat die TZ-Chefredaktion jubiliert, denn ein linker Herr Egon Lehmann von Frauenfeld hat seinen LB am 4.12. platzieren dürfen – natürlich gegen «den Schmid-

hauser» und unsere ach so unsinnige NEIN-Parole zu Bundes-(Wehr-) und Mehrwertsteuer vom 28.11. Natürlich hatte die TZ-Redaktion unsere Parolenfassung unter «Thurgau» gebracht, aber massiv gekürzt und so hat auch Sozi Lehmann den Grund unseres NEINs nicht erfahren. Es war nämlich bewusst demonstrativ, um den Regierenden zu dokumentieren: Die Wehrsteuer hätte gemäss Versprechen längst abgeschafft werden müssen und die Mehrwertsteuer, die auch Sozi Lehmann liebend gerne auf EU-Niveau heben würde, trifft am meisten die Familien und nicht zuletzt auch unser Gewerbe und die kleinen Betriebe.

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich die Manipulation der Information – die sich mit einer gesunden Demokratie ganz und gar nicht verträgt! «Das freie Wort» für die Opposition ist tot und viele Bürger wagen nicht einmal mehr einen Leserbrief! So muss unser Land sterben, unsere Demokratie ist in einem schlimmeren Zustand, als in vielen anderen Ländern. Wir können unsere Mitbürger nur mahnen und darauf aufmerksam machen – es muss dringend etwas getan werden, denn ohne «freies Wort» hat alles keinen Sinn!

Willy Schmidhauser, SD-Präsident Thurgau, Dettighofen

Der Islam – eine Gefahr?

Der moslemische Glaube kennt wenig Toleranz, in der Welt und im Koran; in vielen Staaten darf ein Tourist nicht einmal ein Schmuckkreuzlein tragen, dh. der christliche Glaube kann nirgends praktiziert und keine einzige Kirche gebaut werden. Wenn in unserem christlichen Lande und in ganz Europa Moslems leben und ihren Glauben praktizieren können, ja sogar als Schweizer eingebürgert werden, sollten Christen in moslemischen Ländern doch die gleiche Glaubensfreiheit erwarten dürfen. Gemäss UNO wurden aber alleine in Afrika im Jahre 2003 mehr als 40'000 Christen umgebracht, zehntausende vertrieben, verschleppt, Familien zerstört, junge Mädchen missbraucht und versklavt. Die offizielle Zahl 40'000 wurde mit allen Beteiligten ausge-

handelt; Insider reden von real viel höheren Zahlen. Auch in anderen Ländern werden Christen verfolgt (Asien, Afrika, etc.), von den arabischen Staaten gar nicht zu reden. Im Koran heisst es: «Die Ungläubigen sind zu vernichten mit Feuer und Schwert, ihre Habe ist unter den Gläubigen aufzuteilen. Natürlich gibt es auch tolerante Muslime, wenn es aber zur Konfrontation kommt, gewinnen offenbar immer die «korantreuen» die Oberhand.

Tragisch wird es in einigen Jahren für unsere Kinder, denn von den 450'000 Moslems in der Schweiz sind bereits über 100'000 eingebürgert mit allen Rechten. Die Schweiz ist gemäss Verfassung ein «christliches Abendland» – doch sehr bald werden die Moscheen in

den Zentren stehen, neben den Kirchen. Unser Sonntag wird von den Moslems nicht anerkannt, sie wollen den Freitag (ihren Sonntag) als schul- und arbeitsfreien Tag! Dieses Recht steht ihnen gemäss Verfassung zu. Natürlich kommen dann auch die Juden, ihr Sonntag ist der Samstag... Wie aber in aller Welt soll die Zukunft unserer Kinder aussehen? Soll der Muezzin morgens um fünf Uhr vom Minarett rufen, während die Glocken von der Kirche um sechs Uhr den Tag begrüssen? Und wie steht es mit den Schulen? Vielen Mohammedanern sind unsere Verfassung und Gesetze völlig schnuppe – sie richten sich nach dem Koran! Wie also soll unser einst so schönes

und friedliches Land dereinst aussehen? Wo bleibt die Fünftageswoche und sollen die Läden einfach sieben Tage in der Woche offen haben und jeder Besitzer kann schliessen, wenn er seinen «Sonntag» hat? Soviele sind in Angst und Bange in unserem Land und bei Einbürgerungen wird in vielen Gemeinden nicht einmal die Religion dem Volke bekannt gegeben. Wer aber hat diese gewaltige Entwicklung zu verantworten, wer hat uns dies eingebrockt? Natürlich, es sind feine Schweizer Herrschaften, denen es vielfach nur um Profite geht und die sich liebend gerne als «Menschenfreunde» ausgeben!

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau*

Die Schweiz eine Demokratie?

Am 22.10.2004 hatten wir in der Gemeinde Freienbach wieder einmal etliche Einbürgerungen. Einbürgerungen sind in der Schweiz ja nichts Neues. Diesmal wurden sie jedoch nach einem anderen System durchgeführt als bisher, denn bis anhin konnten wir demokratisch und schriftlich an der Urne abstimmen, ob wir für oder gegen den Einbürgerungswilligen sind. Dieses Prinzip der Demokratie gibt es nun nicht mehr.

Das neue System wurde nun von unserem kantonalen Regimerat (ehemals Regierungsrat) diktiert. Die Kommissare und Genossen (ehemals Gemeinderäte) waren helllauf begeistert vom Regimebeschluss. Endlich konnten sie sicher gehen, dass jede Einbürgerung umgesetzt werden kann. Endlich, endlich. Das neue Vorgehen dazu ist äusserst einfach. Als erstes beschlossen sie, keine Nein-Stimmen mehr zuzulassen. Es dürfen nur noch Anträge gestellt werden, welche vom kleinen Diktator (ehemals Gemeindepräsident) erlaubt werden. Was für eine Demokratie. Dabei können maximal folgende Anträge erlaubt sein. Betonung auf maximal.

1. Antrag auf Rückweisung zur nochmaligen Abklärung durch die Gemeinde.
2. Antrag auf Abstimmung einzeln über Personen, wenn sie als ganze Familie vorgeschlagen wurden.
3. Antrag auf Ablehnung, wenn der Gesuchsteller eine Auskunft verweigert hat.

Da die ersten beiden Anträge nur den Prozess verzögern, bleiben diese absolut bedeutungslos. Aber es hört sich gut an, wenn man drei verschiedene Möglichkeiten hat, auch wenn diese nichts taugen.



Der dritte, letztmögliche Antrag kann vom Bürger nicht erfüllt werden, da er bei der Anhörung des Gesuchstellers nicht dabei war. Es sind bekanntlich nur Funktionsmitglieder (ehemals Gemeinderäte) zugelassen. Somit ist jetzt einzig der kleine Diktator (ehemals Gemeindepräsident) befugt, die Einbürgerungen vorzunehmen. Ich selbst habe dennoch versucht, etwas gegen dieses Regime zu unternehmen. Jedoch wurde mir nach rund 2 Minuten, vom Genossen Vorsitzenden (Gemeindepräsident) klar gemacht, dass ich nicht befugt bin, einen Antrag zu stellen, da ich diesen nicht persönlich auf den Antragssteller beziehen kann. Dies ist ja auch nicht möglich, da ich diesen ja nicht persönlich kenne. Jedenfalls waren die Entdemokratisierer absolut begeistert, als daraufhin kein weiterer Antrag gestellt werden konnte und alle Einbürgerungen nach dem Willen des Regimes (Regierung) ihr Schweizer-Bürgerrecht erhalten haben.

Meinen herzlichsten Glückwunsch an die neuen Schweizer, mögen sie noch lange der Partei treu ergeben bleiben und unsere Grundsätze der direkten Demokratie wahren.

Jörg Zollinger

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Irrsinn

Dies gelesen...: «Es gibt drei Arten von Irrsinn: Der angeborene, der erworbene und der induzierte. Der angeborene Irrsinn bedarf keiner weiteren Erörterung. Auch der erworbene Irrsinn (durch Krankheit, Verletzung oder Vergiftung) ist landläufig bekannt. Zum induzierten Irrsinn Folgendes: Er hat wenig mit Intelligenz, viel aber mit dem teilweisen Aussetzen des folgerichtigen Denkens durch gezielte geistige Beeinflussung zu tun. Diese wirkt um so verheerender, je jünger und unreifer der beeinflusste menschliche Geist ist. Durch planmässige Indoktrination zur rechten Zeit werden ganze Berei-

che des logischen Denkens, einschliesslich angeborener, arterhaltender Verhaltensweisen, ausser Funktion gesetzt mit dem Ergebnis, dass die Betroffenen sogar wider die eigenen existenzhaltenden Interessen handeln.»

...und das gedacht: Wenn man nur schon die Schalmeien zu Gunsten der EU hört, die absurde Bevölkerungs- und Asylpolitik anschaut, sowie sich der Verteufelung zeitloser Werte bewusst wird, dann kann man jenen, die in der Schweiz seit dem letzten Weltkrieg zielstrebig diese Beeinflussung pflegen, zu ihrem Erfolg gratulieren.

Fred Rüfenacht, Aarau

Die Zukunft der Landwirtschaft

Zur Sendung «Arena» vom 22. Oktober 2004 in SF1 mit dem Thema «Industrie-Bauern oder Landschaftsgärtner».

Bundesrat Blocher rechnete an der Olma in St. Gallen zu Unrecht mit der jetzigen Agrarpolitik ab. Diese hat sich oder besser gesagt hätte sich dem verfassungsmässig geltenden Landwirtschaftsbesetz einzufügen und nichts anderem, was unablässig in Frage gestellt wurde, vorab durch Kreise der SVP, aber auch durch Voten aus dem Freisinn. Man versuchte mit Akribie Güterproduktion und Kosten für die Landschaftspflege auseinanderzudividieren und einmal mehr die Bürokratie, die unabänderlich damit verbunden ist, an den Pranger zu stellen. Der Sturmlauf gegen staatliche Unterstützung der eigenen Landwirtschaft und der Bauern weist eindeutig dahin, die eigene Landwirtschaft überhaupt aufzugeben. Es ist völlig absurd, mehr Markt zu verlangen, ist doch europaweit, ja weltweit der verlangte freie Markt durch einen Wust von Reglementierungen blockiert, es

gibt ihn überhaupt nicht. Blocher sprach als erfolgreicher Industrieunternehmer und wollte glauben machen, das Industriemanagerdenken könne einfach auch auf die Bauern angewandt werden. Dem ist mit nichten so, weil es eine wirtschaftliche Freiheit für die Bauern schon längst nicht mehr gibt. Seit es Brüssel gibt, wird die Landwirtschaft in Europa ohne Rücksicht auf die Folgen industrialisiert, zu höchsten Produktionsleistungen gebracht, gleichzeitig «gesundgeschrumpft» durch Beseitigung des Kleinbauerntums und unerhörten Preisdruck, der immer mehr Bauern zum Aufgeben zwingt. Das ganze riesige Unternehmen kostete, inklusive Behandlung der Überschüsse, riesige Summen Geldes, und den Bauern verblieb dabei kein Gewinn, ja sogar zunehmende Existenznot, auch in ganz modernen Betrieben. Es sollten möglichst viele aus der Landwirtschaft weg in sog. produktivere Tätigkeiten wie Industrie und Dienstleistungen hinüberwechseln. Keine Produktion oder

Dienstleistung ist so schlecht behandelt und entlohnt worden wie die Arbeitenden in der Landwirtschaft. Zurück zur «Arena»: War es Absicht oder Zufall, dass kein einziger Vertreter von Landschaftschutz und von der Tourismusbranche mit bei der Diskussion war, müssten doch diese Kreise auch angehört werden, da doch Agrarpolitik tief ins Landschaftliche hereinwirkt.

Eine eigenständige Landwirtschaft in einem vielgestaltigen Bergland wie der Schweiz kann ohne wirkliches Verständnis von Konsumenten und Staat und diesbezügliche Opfer bei Preisen und mittels staatlicher Subventionen nicht mehr erhalten und gepflegt werden. Der Bio-Landwirt und Sozialist Hämmerle aus Graubünden hat ohne Umschweife die klarsten Voten in der oft abwegig und ver-

worren wirkenden Diskussion abgegeben. Leider gibt es da noch eine ganz andere Macht, die für uns äusserst gefährlich ist, aber nicht erwähnt wurde: Das ist die Welthandelsorganisation WTO, die alle Agrarzölle, ja die Zölle überhaupt abschaffen will, um den billigstproduzierenden Makroökonom den freien Zutritt in jedes noch souveräne Land zu ermöglichen, was automatisch den Ruin der Inlandproduktion bedeutet. Fragt nicht mehr kleinlich danach, wie der hiesige Bauer und für was er bezahlt werden soll. Gebt ihm endlich einen gerechten, den übrigen Einkommen vergleichbaren Preis, und er wird das belohnen durch fleissige und gute Arbeit, und nicht zuletzt auch durch eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit guten Lebensmitteln.

Dr. M. Disteli, Olten

Bundesrat Leuenberger und das Schächten

Bundesrat Leuenberger behauptete kürzlich in einer Rede vor Theologen, das Schächtverbot sei nicht eine Massnahme des Tierschutzes, sondern eine Einschränkung der Religionsfreiheit. Die Gesellschaft Schweizer Tierärzte zeigte sich über diese magistrale Äusserung befremdet und hielt in einer Stellungnahme fest, das Schächtverbot sei sehr wohl eine Massnahme des Tierschutzes. Ein Tier erleide während und nach dem Schächtschnitt grosse Schmerzen und habe grosse Angst. Die Kernfrage sei, ob der Tierschutz oder die Religionsfreiheit höher gewichtet würde.

Leuenberger, ein Pfarrerssohn, der bei jeder Gelegenheit als Dichter,

Denker und feingeistiger Kulturträger auftritt, hat sich mit dieser Verleumdung des Tierschutzes als Opportunist im Kreise von Seinesgleichen offenbart – nicht zum ersten Mal. Mit seiner Unterschrift hatte er die Zensur eines Tierschutzwerbeposters durch das Schweizer Fernsehen gedeckt und die Beschwerde des VgT abgewiesen, die dann später vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gutgeheissen wurde (www.vgt.ch/justizwillkuer/tvspot-zensur.htm). Bei anderer Gelegenheit erklärte Leuenberger öffentlich: «Zensur ist mir ein Gräuel».

Erwin Kessler, Verein gegen Tierfabriken Schweiz VgT

Etwas falsch gemacht?

Auf dem Weg von der Uni zum Hauptbahnhof Zürich, freitagabends, werde ich, 190 cm gross, sportlich, im Anzug mit Krawatte, überraschend von hinten bespuckt, mit gebrochenen schweizerdeutschen, slawischen (verstehe ich teilweise) und weiteren Beleidigungen eingedeckt, mit einem gekonnten Andy-Hug-Kick in den Rücken praktisch gelähmt, dann rücklings in einem Pflanzentrog gezwungen und weiter bespuckt und getreten. Glasflaschen fliegen haarscharf an mir vorbei und zersplittern. Ich weiss bis heute noch nicht, was ich falsch gemacht habe. In Zürich abends eine Krawatte getragen vielleicht? Über fünf jun-

ge Männer gegen einen, dann kommen blitzschnell noch weitere dazu. PassantInnen reinigen mich, bieten sich spontan als Zeuginnen an. Die Verbrecher sind offensichtlich bekannt und gefürchtet. Die Stadtpolizei hat bei zwei Anrufen leider keine Patrouille verfügbar. Der Kantonspolizist am Bahnhof ist sehr zuvorkommend, aber selbst völlig hilflos. Beim Duschen entdeckte ich zwei weitere blutende Verletzungen am Arm. Messer oder Glas. Die jungen ausländischen Männer haben nun wirklich äusserst nachhaltig Abstimmungskampf getrieben.

CKB

(Name der Redaktion bekannt)



La Suisse se distingue



Mary Meissner,
Vernier

Voilà la troisième exposition initiée par des «artistes suisses» qui suscite une polémique houleuse. Il y a eu d'abord l'Espagne où le slogan «la Suisse n'existe pas» jetait un doute dans l'esprit des visiteurs de l'exposition helvétique, puis il y eu dans la région des trois lacs l'Expo

nationale où les bonobos firent une réputation choquante à nos concitoyens, et maintenant Paris où un Suisse qui se dit artiste, offre aux Français une image déformée et vulgaire de notre pays. Ce qui plaira naturellement à toute la gauche franchouillarde qui vera ses idées anti Le Pen concrétisées dans les crânes déformés de Christophe Blocher. Le reste ne vaut guère mieux, confortant les enfants dans leur attitude de plus en plus agressive vis-à-vis de ceux qui ne pensent pas comme eux, puisqu'officiellement, un tel exemple défaitiste et injurieux leur est montré. Cet «artiste» de Pro Helvetia oublie, comme l'a fait Jean Ziegler

avec son livre «Une Suisse au-dessus de tout soupçon», qu'on ne crache pas dans sa propre soupe. Monsieur Hirschhorn a même osé, dans le forum radiophonique du 7 décembre au matin, parler avec arrogance comme l'aurait fait un Bush ou un Mugabe, de son DROIT DEMOCRATIQUE, à attaquer et donner des leçons à la droite suisse, soulignant ainsi le côté gauchiste de son (l)art(d). Il oublie que ce sont nos impôts qui paient cette exposition avilissante ainsi que son salaire et que presque la moitié des Helvètes soutiennent Christophe Blocher et autres divers membres de partis dits à tort de droite. Comme pour les questions reli-

gieuses à qui l'on donne le droit de la liberté d'expression, tout en y mettant certaines limites de bienséance, Pro Helvetia devrait elle aussi, surveiller les débordements de ses représentants, surtout si ceux-ci s'arrogent le droit de parler à la première personne au nom de tout un peuple qui jeterait de la boue à ses conseillers fédéraux démocratiquement élus. La cerise sur le gâteau, c'est une phrase que cet individu répète à tout moment, «j'attaque la démocratie qui recouvre toutes les turpitudes» ou quelque chose d'approchant. La démocratie, dans son cas à bon dos, et je n'ai jamais entendu ce vocable attribué à l'art.

En parcourant la presse

Où va l'argent de la TVA?

Un lecteur de la Tribune de Genève pose la question bizarre suivante: Où va l'argent encaissé par la Confédération sur les carburants? Il souligne que le consommateur paie une TVA sur ceux-ci représentant les 2/3 des prix affichés à la colonne ce qui a représenté 500 millions de plus sur l'ensemble des produits pétroliers vendus en Suisse, soit pour cette année un milliard. La réponse est pourtant simple. Il faut bien trouver des sous pour Micheline Calmy-Rey qui distribue nos milliards tous azimuts lors de ses voyages à

l'étranger. Il faut trouver des sous aussi pour payer les énormes subventions demandées par l'U.E. pour l'agrandissement du marché, et notre participation au corset de Schengen et de Dublin, sans compter le gouffre abyssal creusé par nos tunnels transfrontaliers et j'en passe. Alors quoi de plus simple que de puiser dans la poche des contribuables?

Budget de Genève

Là aussi, l'argent tiré de nos poches fait l'objet d'intenses empoignades au sein des partis qui siègent pour discuter du budget de

l'Etat. Et comme d'habitude, la gauche tire les marrons du feu en gardant les prébendes pour les crèches, les troupes de théâtre, les livres et la propreté de nos rues. Pour ce dernier poste, espérons qu'il y aura quelques clopinettes pour les WC publics qui sont une honte pour notre ville. Par contre les subventions accordées à Camarada qui s'occupe des femmes migrantes est superfétatoire, face aux besoins des pompiers, ou dans une moindre mesure, du tourisme. Ces femmes sont déjà privilégiées d'être en Suisse confortablement aidées par nos impôts, alors que nos braves pompiers qui nous sauvent la vie au péril de la leur, sont traités par dessous la jambe. Décidément, la gauche continue à ne pas con-

naître un juste milieu et penche toujours vers un social déséquilibré et injuste.

Bizzare!

Autre bizarrerie dans la Tribune de Genève de ce lundi, 6 décembre, les 8 pages consacrées aux noms des 3000 participants de la course de l'Escalade. Qui et combien de lecteurs, du journal vont-ils perdre leur temps à lire cette kyrielle de noms inconnus? On peut comprendre ça s'il s'agit de soldats morts au front ou dans une catastrophe naturelle, mais cet étalage est de très mauvais goût pour les abonnés qui réfléchiront à deux fois avant de renouveler leur abonnement. *Octopus*

Le Pileri

Lu dans la presse

Depuis fin février, date à laquelle les Roumains n'ont plus besoin de visa pour pénétrer sur notre territoire, Genève et le pays en général, sont confrontés à une très forte recrudescence de vols à la tire et à l'astuce. Ces infractions sont commises par des jeunes dans la vingtaine et des mineurs. Des réseaux interviennent dans les transports

publics où 110 vols à la tire ont été répertoriés. Merci aux bilatérales qui suppriment les frontières pour laisser passer tous les Roms (tziganes de l'Est) qui n'attendaient que ces largesses occidentales pour envahir nos riches cités et appliquer le slogan communiste «Tout ce qui est à toi est à moi». L'UDC à qui on a reproché d'exagérer les statistiques de la délinquance (car il faut y ajouter d'autres

ethnies), avait raison, et c'est une preuve de plus de la désinformation voulue par les autres partis. Qu'y gagnent-ils vraiment? L'impossibilité de nettoyer les écuries d'Augias, en l'occurrence les écuries helvétiques?

L'Office fédéral de la police constate régulièrement que la Suisse est fortement touchée par les activités criminelles de personnes d'origine albanaise (donc musulmane). L'UDC avait donc le droit de mettre en garde les électeurs sont les

dangers d'une immigration destabilisatrice.

A la suite de l'assassinat de Theo van Gogh aux Pays Bas par des terroristes payés par Mohamed Achraf détenu en Suisse, il y aurait chez nous, des cellules islamistes susceptibles d'être une menace pour notre pays. Bravo à certains de nos élus qui militent pour garder chez nous toute cette racaille et refusent de la renvoyer manu militari.

Octopus

NEM — mesures appropriées

Les magistrats de presque tous les cantons vitupèrent contre la blocérisation de l'asile et pour cause! C'est une attaque indirecte à leur porte-monnaie, puisqu'ils ne veulent pas appliquer les directives fédérales refusant d'entretenir des requérants d'asile déboutés pour cause de non coopération.

Ce qu'ils oublient de prendre en considération ce sont des faits répétitifs de comportements abusifs et arrogants vis-à-vis des populations de leur ministère qui sont agressées par ces demandeurs d'asile, qu'ils soient NEM ou pas. Je connais une Colombienne divorcée avec une fillette de 12 ans qui est exploitée depuis 3 ans par un restaurateur peu scrupuleux ne lui payant que la moitié de son salaire. Elle travaille avec un Français frontalier qui l'insulte, la brutalise et la traite de pétasse qui doit retourner dans son pays. Que fait la mairie? Rien. Cette fille ne sait

même pas qu'il existe un SOS racisme et un article 261^{bis}. Vous direz que ceci n'a rien à voir avec les NEM, et pourtant les gens ont de la peine à ne pas faire d'amalgame contre tout ce qui est étranger, d'où leur attitude négative en cas de votations.

Une de mes amies indienne du Canada, mariée à un Suisse et mère de trois enfants a quitté son travail à l'Office des réfugiés, écœurée de l'attitude des requérants d'asile kosovars, africains et roumains. Ils viennent exiger et non pas demander note aide comme quelque chose qui leur est dû. Il y en a même qui pensent comme les communistes: «Tout ce qui est à toi et à moi». Les ressortissants musulmans se cabrent devant les questions d'une femme qui les regarde dans les yeux et refusent carrément de répondre. Les tziganes roumains jouent les miséreux, alors que la plupart

d'entre eux sortent d'écoles spécialisées dans le vol à la tire. Les Nigériens savent qu'ils pourront profiter de filières déjà en place concernant les détournements postaux et bancaires.

Si le chef de la police fédérale fait le ménage en mettant à la rue ce genre d'individus, c'est vraiment apprécié par le peuple victime de ces exactions. Comme beaucoup ont les poches pleines d'argent de la drogue, et autres délits dont les journaux sont pleins, pourquoi les entretenir avec nos impôts? NEM ou pas, cette délinquance existait bien avant les NEM.

Ce genre d'économie se comprend aussi car sortant de la même caisse, l'ODR, l'Organisation internationale des Migrations, et la Direction du développement et de la coopération, émargent aux subventions dévolues à l'asile. Avec les restrictions budgétaires dans tous les domaines, pourquoi ce créneau

coûteux ne serait-il pas touché lui aussi, les réfugiés de tous bords profitant des deux côtés de l'aide sociale? Chez nous en étant hébergés et nourris, soignés et payés pour rentrer chez eux, et de l'autre aidés sur place par les organisations sus-mentionnées.

Donc, ceux qui rechignent à quitter la Suisse de leur plein gré n'auront qu'à se débrouiller.

Maria de Seimners

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Réponse à la question:

Pourquoi avoir peur des accords de Schengen-Dublin

D'abord parce que ce texte de 500 pages n'est pas soumis en totalité au peuple pour le référendum. Nos autorités ne parlent que des trois exceptions provisoires faites à la Suisse concernant les impôts et autres arrangements fiscaux, qui doivent être appliqués déjà avant le référendum, et de plus l'UE (et pas Schengen) pourra prendre contre la Suisse des mesures proportionnées et nécessaires pour assurer le bon fonctionnement de la coopération.

Où est la liberté d'action de notre pays dans cet arrangement unilatéral?

Ce n'est pas tout. Vous a-t-on parlé de l'obligation de faire enregistrer nos armes ainsi qu'une explication plausible pour l'achat, la possession et l'héritage de celles-ci? De quoi Schengen se mêle-t-il? Et que devient la tradition de garder son fusil militaire à la maison?

Si Schengen-Dublin change, améliore ou péjore les articles de cette charte, la Suisse qui aura signé cet accord, devra accepter sans protester n'importe quelle ânerie, et l'on peut s'attendre vraiment à de tels

excès au vu de ce qui se passe actuellement dans l'UE.

D'ailleurs, en permettant des contrôles non plus aux frontières disparues, mais à l'intérieur du pays, c'est la porte ouverte à de possibles exactions non fondées sur des ressortissants nationaux et à des bavures possibles. Si la Suisse veut renforcer ses contrôles aux frontières, il faudra qu'elle explique les causes qui constituent une menace à l'ordre public ou sa sécurité nationale. Mais dis-donc! Devrons-nous demander des permissions comme des prisonniers ou des élèves de l'école enfantine? Point n'est besoin de rappeler la cacophonie produite par le G8 ou les dégâts consécutifs au WEF!

Concernant l'harmonisation des politiques d'asile, une fois partie prenante de Schengen, nous serons obligés d'adapter nos procédures à celles de l'UE. Et si je ne m'abuse, la France n'est pas un exemple à suivre avec ces manouches partout, l'Italie avec ses naturalisations en masse, et l'Angleterre avec ses imams qui hurlent au coin des rues leur haine et leurs menaces.

Il est fait référence dans l'acte final de documents confidentiels dont personne à ce jour n'a ouvert les dossiers. C'est donc signer un chèque en blanc qui pourrait nous étrangler n'importe quand. L'UE veut copier les Etats Unis mais l'Europe est composée de nations si diverses qu'elle ne ressemblera jamais à une fédération de populations métissées, provenant du monde entier depuis des siècles et qui, de plus, avec la réélection de Bush, ressemble à un pays totalitaire obligé, pour survivre, de tenir ses diverses étoiles par des lois restrictives distillant la peur copiée sur l'ex URSS.

Quant au coût que représentent notre cotisation à Schengen (en plus de ce que nous venons de donner pour le grand marché européen), c'est payer cher cette abdication de nos droits, de notre souveraineté, et Mme Calmy-Rey ne convaincra personne du bien-fondé de cette abdication coûteuse dont, jusqu'à ce jour, nous n'avons obtenu aucun bilan.

Mary Meissner, Genève

Le Pilon

Dangereux musulmans en Hollande

Saviez-vous que dans ce petit pays, il y a 900'000 musulmans? Ils ont massacré dernièrement à coups de revolver et de couteau Theo van Gogh qui avait tourné un film sur la condition de la femme musulmane. Il faut croire qu'il n'y a que la vérité qui blesse! C'est le deuxième assassinat politico-religieux dans cette société qui, depuis le XVIIIe se proclame le champion de la liberté d'expression. Le populiste Pim Fortuyn lui, était tombé sous les balles d'un compatriote furieux des propos qu'il avait tenu contre la communauté musulmane.

Avant que la Suisse n'en arrive à ce stade, il était normal que l'UDC tire la sonnette d'alarme lors des votations sur les naturalisations; surtout après les propos tenus par Tariq Ramadan et Ouardiri l'imam bien connu. Je pense que c'était moins violent que les attaques contre les mosquées à Amsterdam et une école musulmane. Les autorités ont également dû fermer le site internet créé pour recevoir les messages de condoléances contre l'islam.

Une douzaine d'activistes ont été arrêtés après le meurtre et 200 sont étroitement surveillés par les services de renseignements. Le gouvernement des Pays-Bas a annoncé la fermeture de mosquées propageant l'idéologie fondamentaliste et l'expulsion des activistes.

Theo van Gogh avait traité les musulmans de «baiseurs de chèvres» sans être inquiété par une loi 261^{bis}. Je me demande si ce terme aurait fait bondir SOS Racisme en France ou en Suisse et si les tribunaux auraient été mis à contribution?

Incohérences

Tous les médias mondiaux se sont donné le mot pour dénoncer la disparition massive d'espèces animales sur notre planète depuis que les humains bétonnent et tercent à outrance les derniers espaces sauvages en polluant notre environnement naturel. Le WWF, Pro Natura et d'autres associations de protection des espèces végétales et animales essaient par tous les moyens dont ils disposent, y compris par voie législative, de s'opposer aux projets les plus faramineux et les

plus dévastateurs, pour contrer cette dégradation dangereuse.

Dans le même temps, les requins de la finance et les entrepreneurs sans conscience, plus le parti radical, se liguent pour lancer une initiative contre les écologistes qui s'opposent aux projets économiques. Ils lancent même une initiative populaire pour limiter le droit de recours des associations de défense de l'environnement. «Assez d'obstruction, plus de croissance pour la Suisse.»

A quoi servent tous ces bulletins de comptes de chèques postaux glissés dans nos boîtes aux lettres pour soutenir les efforts de ces défenseurs acharnés dont les efforts sont vains face à la boulimie des investisseurs qui se fichent pas mal que les oiseaux disparaissent, que la faune crève et que nos belles prairies soient remplacées par de minuscules champs plantés d'OGM? La lutte inégale du pot de terre contre le pot de fer! Incohérences politico-économiques!

Bilatérales II

Ah! là aussi l'hypocrisie n'a pas de limite. Pour amadouer le bon peuple, on lui assure qu'il pourra s'établir partout en Europe, que les bilatérales lui faciliteront l'ouverture des marchés de l'emploi et de la construction et que voit-on? Les étrangers provenant de l'UE viennent en masse chez nous sans problème, mais c'est la croix et la baninière pour la réciprocité. Les entreprises suisses se heurtent à des formalités tortueuses et insurmontables, à des retards inexplicables et à des refus d'offres unilatéraux. Les curriculum vitae sont systématiquement refusés et cela va jusqu'à la traversée des frontières. A Bardonnex Genève, les bouchons sont insurmontables et journaliers du côté français qui refuse d'élargir les voies de transit, alors que les Suisses l'ont fait dès les accords signés. Ça veut dire quoi au juste bilatéral?

Et ne parlons pas du dumping salarial qui n'a jamais été aussi florissant. Les Allemands venus en quantité importante acceptent de travailler de 7.30 h à 20.30 h, sans dérogation, et les syndicats trouvent chaque jour des ouvriers qui acceptent des salaires réduits. Et que font les syndicats? Impuissants dans les actes, mais forts en gueule, comme toujours!

Payer la redevance, c'est garantir votre différence

Ce slogan répété à l'envi par notre télévision, prête à sourire. En effet que veut dire le mot différence? De plus MA différence. Dois-je payer pour regarder des réclames agaçantes, itératives et stupides? Dois-je payer pour me délecter des exactions scandaleuses commises en Irak, en Afghanistan, au Soudan ou en Tchétchénie? Dois-je payer pour chercher en vain à des heures portables des films intelligents? Dois-je payer pour regarder des dessins animés de plus en plus vulgaires et caricaturisés? En payant ma redevance la télé me garantit-elle un programme à mon goût qui diffère totalement de ce qu'elle m'offre maintenant? Donc, ce slogan demande aux téléspectateurs de payer proportionnellement ce qui leur convient, surtout qu'il y a lieu d'ajouter à ce palmarès, les interviews de gauchistes, de partis roses, de dicours et d'endoctrinement européens, en majorité, alors que des insultes fusent contre une population qui ose voter national et soutenir des projets émanant de la droite. Ce slogan nous prend donc pour des crétins, et je ne félicite pas celui qui l'a inventé.

On revient sur l'euthanasie

Une mère a nouveau affolée par les souffrances de son fils rendu à l'état de légume après un accident, demande au Président de la République française, Jacques Chirac, la permission de débrancher les multiples tuyaux et autres instruments de torture qui maintiennent, contre la volonté exprimée par son fils, une vie artificielle et intolérable.

N'est-il pas paradoxal de devoir demander une telle permission à un homme, président temporaire sans droit de vie ou de mort sur ses citoyens, alors que la permission de procréer concernant la vie privée de chacun n'est pas encore à demander? Quand donc appellerons-nous dans des circonstances aussi extrêmes, délivrance euthanasique et compassion et pas crime? Qui a le droit d'imposer à une mère non seulement la vision, mais les soins compliqués et intensifs que demande un enfant torturé par la souffrance?

Il est urgent que la France prenne modèle sur ses voisins qui ont compris, enfin! que procréer et délivrer est une décision personnelle accordée aux humains, comme aux animaux qui jettent hors du nid les oisillons non viables.

Octopus

Vœux de Noël

A l'Ukraine en détresse

La Suisse indépendante envoie ses meilleurs vœux
A l'Ukraine martyre à nouveau sous la trique
De l'ennemi vengeur aux relents soviétiques,
Cet ogre démoniaque aux ukazes boiteux.

La Pologne et les Baltes ont réuni leurs mains
Pour secouer le joug d'un communisme ignare,
Walesa est venu rencontrer le barbare
Se voyant déjà maître et le tsar de demain.

Ukraine évite un vent venu de Sibérie
Qui veut te congeler dans un diktat impie
Pour étouffer en toi un air de liberté.

Il neige sur les toits et dans ton cœur brisé,
Mais nous te soutenons dans ta lutte éternelle;
En ce mois décisif qui va fêter Noël.

Bonne chance et meilleurs vœux des Démocrates suisses

Mary Varsovie

Schengen: Ein Kolonialvertrag

Die Schweizer Demokraten haben vor fünf Jahren bereits die Bilateralen I bekämpft, und sie lehnen jetzt auch wieder die Bilateralen II und insbesondere Schengen/Dublin entschieden ab. Mit Schengen unterstellen wir uns haufenweise heutigem und zukünftigem EU-Recht, ohne Mitbestimmungsmöglichkeit. Wir haben uns fremdem Recht und fremden Richtern zu beugen, als wäre die Schweiz eine Kolonie. Das Schengen-Abkommen ist und bleibt ein unwürdiger Kolonialvertrag.

Mit der Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen will Schengen ein gemeinsames Europa ohne Grenzen schaffen. Damit bringt Schengen aber freie Fahrt für Kriminelle. Es entsteht ein grosses Sicherheitsrisiko, das auch mit dem Schengener Informationssystem und mit der angeblich verstärkten Kontrolle der Schengener Aussengrenze nicht reduziert werden kann. Auch die Schengener Länder vertrauen Schengen nicht. Bei besonderen Grossanlässen wie beispielsweise der Fussball-Europameisterschaft in Portugal, den G8-Veranstaltungen

in Genua und Salzburg oder der Prinzenhochzeit in Spanien werden die Grenzkontrollen wieder eingeführt. Also genau dann, wenn sich Schengen bewähren sollte, wird das System als untauglich ausser Kraft gesetzt. Schengen und das so genannte Betrugsbekämpfungsdossier höhnen unser Bankgeheimnis aus. Trotz Ausnahmeregelung für die Schweiz – die Rechtshilfepflicht bei direkten Steuern nur bei doppelter Strafbarkeit – hält die EU am Informationsaustausch ausdrücklich fest.

Löchrige EU-Ostgrenze

Mit dem Dubliner Erstasylabkommen sollen abgewiesene Asylbewerber, die in dem einen oder anderen Schengen-Land erneut ein Gesuch stellen, ins Erstland zurückgeschickt werden können. Zu diesem Zweck müssen solche Per-

sonen im Fingerabdrucksystem Eurodac gespeichert werden. Dublin ist jedoch eine Illusion. Das Misstrauen ist gross, dass verschiedene Staaten ihre Erstgesuchsteller gar nicht ins System aufnehmen, um sie nicht zurücknehmen zu müssen. Dublin ist kein Ersatz für die dringende Verschärfung des schweizerischen Asylrechtes. Die heute schon löchrige Ostgrenze misst seit der Osterweiterung über 3000 Kilometer. Sie ist löchriger als ein Emmentaler Käse, und bekanntlich kann ich das beurteilen; ich komme ja von dort. Die Schengen-Aussengrenze wird immer länger und ist massiv gegen Osten und Südosten verschoben worden. Kriminelle, die in den Schengen-Raum eingedrungen sind, können sich im ganzen Raum frei bewegen. Personenkontrollen an der Landesgrenze sind effizien-

ter als Schleierfahndungen und halten Eindringlinge ab. Der vom Bundesrat und vielen Politikern forcierte Anschluss an das Europa ohne Grenzen und an die kollektive Verantwortung ist lediglich die Flucht aus der eigenen Verantwortung, mit fatalen Folgen für Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes.

Aus all diesen Gründen beantrage ich, den Schengen/Dublin-Beitritt entschieden abzulehnen.

Votum Nationalrat Bernhard Hess vom 6. Dezember 2004

Unsere Argumente gegen die Ost-Personenfreizügigkeit:

Personenfreizügigkeit heisst «freie Einwanderung». Ein «Ja» schlägt den Schweizer Behörden jede Möglichkeit aus der Hand, die Einwanderung zu begrenzen.

Wenn wir jetzt bei der EU-Ost-Erweiterung «Ja» sagen, gibt es keine Bremse mehr. **Es folgen Rumänien, Bulgarien, der Balkan und die Türkei**, was eine verheerende Masseneinwanderung zur Folge hat.

Einen Arbeitsvertrag braucht es nicht. Jeder kann als Selbstständigerwerbender kommen und seine Arbeit zu Dumping-Preisen anbieten (z.B. mit dem Wohnwagen als Altwarenhändler, Handlanger oder Tagelöhner; jeder kann sich als «Putzinstitut» oder als Sekretärin zu Tiefstpreisen verkaufen). Flankierende Massnahmen sind gegen Lohndumping nutzlos.

Dem Sozial-Missbrauch wird Tor und Tür geöffnet. Jeder kann pro Forma mit einem gutbezahlten Arbeitsvertrag einreisen und sich sofort zwei Jahre an die Taggeldversicherung und lebenslang an die Invalidenversicherung anschliessen lassen.

Wenn der Reiche Haus und Garten öffnet, wird sein Nachbar, der in Armut lebt, zu ihm ziehen, weil er auch vom Wohlstand profitieren will. **Für die Schweiz resultiert somit zwangsläufig Armut; die Schere zwischen Arm und Reich wird auseinandergerissen.** Personenfreizügigkeit ist immer zum

Nachteil des reichen Landes. Dieses eiserne Gesetz kann nie und nirgends ausser Kraft gesetzt werden. Andere reiche Länder (USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan etc.) würden die Personenfreizügigkeit deshalb nie einführen.

Die Bevölkerungsdichte in der Schweiz wird gesteigert, was Schwierigkeiten mit dem Schutz von Landschaft, Natur und Umwelt schafft.

Liebe SD-Freunde

Kürzlich stand im St. Galler-Tagblatt, dass im Schulhaus «Schönenwegen» der Stadt St. Gallen der Anteil der fremdsprachigen Schüler 76,6 Prozent beträgt. Es sind dies 50 deutschsprachige und 150 fremdsprachige Buben und Mädchen. In der Schulstatistik von Rebstein/St. Gallen steht, das 78 evangelische Kinder und 86 muslimische Kinder unterrichtet werden. Mir graut vor dieser Zukunft. Noch eine Meldung in dem heutigen Sportteil. Der gebürtige Kongolese Mobulu M'Futi, Fussballer bei Xamax Neuenburg, wird bald den Schweizer Pass erhalten und wäre somit für die Schweizer Nationalmannschaft verfügbar.

Kurt Koller

Arbeiten für 10 Euro

Das sagen Gewerkschaftsbosse zur Personenfreizügigkeit.

(Quelle: AZ, Aargauer Zeitung, vom 22. Oktober 2004).

Unter obigem Titel konnte man in der AZ unter anderem folgendes lesen: Paul Rechsteiner, Nationalrat SP/SG und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB): «Die arbeitende Bevölkerung der Schweiz ist verunsichert. Mit der seit Juni (2004) geltenden zweiten Stufe der Personenfreizügigkeit sind Lohn- und Sozialdumping alltag geworden. Die Kantone nehmen ihre Kontrollpflichten ungenügend wahr, einige sabotieren ihren gesetzlichen Auftrag sogar.» Und weiter: «Fälle mit Stundenlöhnen von 10 bis 15 Franken unter dem Niveau des Gesamtarbeitsvertrags häufen sich.»

Oder Vasco Pedrina, Co-Präsident der neuen Grossgewerkschaft Unia: «Im Jahr 2003 wurden bei tausend Baustellenkontrollen im Kanton Zürich 28 Prozent Missbräuche festgestellt. Im Kanton Bern wurden von den 300 aus Deutschland entsandten Beschäftigten 90 Prozent unter dem Lohn des Gesamtarbeitsvertrags bezahlt. Einheimische werden wegen der Billigkonkurrenz bereits entlassen, Junge finden keine Stelle.» Und der absolute Tiefpunkt (V. Pedrina): «Eine deutsche Zimmerei in Altenrhein SG bezahlte ihren russischsprachigen Arbeitern 10 bis 12 Euro Stundenlohn. Die Leute übernachteten auf schmutzigen Matratzen in einem Stall. Dafür zog ihnen die Firma auch noch 500 Franken im Monat vom Lohn ab!»

D. Najman, Baden

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch